



Synopse

Wahlprogramme der Parteien und DGB Positionen zur Bundestagswahl 2013

Verantwortlich:

DGB-Bundesvorstand VB 01

Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik, Parlamentarische Verbindungsstelle, Barbara Adamowsky (barbara.adamowsky@dgb.de)

Stand: 28. Juni 2013

Quellenbezüge:

					
http://www.dgb.de/-/PMI	http://bit.ly/cdu2013	http://bit.ly/spdreg13	http://bit.ly/fdp20131	http://bit.ly/dielinke2013	http://bit.ly/gruene2013
Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa: Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Gemeinsam erfolgreich für Deutschland	Das WIR entscheidet	Bürgerprogramm 2013	100% sozial.	Zeit für den grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen.
BV-Beschluss 02.10.2012 und Ergänzungsbeschluss 09.04.2013	Regierungsprogramm 2013-2017	Das Regierungsprogramm 2013-2017	Entwurf Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013	Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013	Bundestagswahlprogramm 2013

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
1. Neue Ordnung der Arbeit.....	4
2. Für solidarische Alterssicherung	14
3. Europa sozial gestalten	15
4. Aktiver Staat – Finanzierung eines handlungsfähigen Staates	19
5. Weitere Themenfelder.....	25
Solidarische Gesundheits- und Pflegepolitik	25
Bildung und Qualifizierung	26
Energiewende	29
Industrie- und Dienstleistungspolitik	32
Verteilungsgerechtigkeit	35
Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	37
6. Weitere Politikfelder (alphabetisch)	39
Bedingungsloses Grundeinkommen	39
Demokratie	39
Grundsätze.....	40
Innovationspolitik	41
Investitionsprogramm	42
Koalitionsaussagen.....	42
Umweltpolitik.....	43
Verkehrspolitik	44
Zukunftsprojekte	44



1. Neue Ordnung der Arbeit

Tarifautonomie schützen und stärken

- Tarifautonomie und Flächentarifverträge stärken
- Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen fördern (Wegfall des 50%-Quorums sowie öffentl. Interesse klarer darstellen)
- Entsendegesetz auf alle Branchen ausweiten
- Verbandsklagerecht

- Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab.
- Wo es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen: sie sollen gemeinsam einen tariflichen Mindestlohn festlegen
- Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind wesentliche Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft
- mit einem Gesetz die Tarifeinheit umsetzen

- Bekenntnis zur Tarifautonomie
- Öffentliches Interesse statt 50%-Regelung, was bedeutet, dass Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen unterbunden wird
- Unterstützung des Branchentarif Soziale Arbeit
- „Wir treten für das Prinzip der Tarifeinheit ein“
- Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen ausweiten
- Sozialpartnerschaft und deren Institutionen stärken

- Bekenntnis zur Tarifautonomie
- AVE: für alle Branchen die Möglichkeit schaffen, auf gemeinsamen Antrag der Tarifpartner und bei Zustimmung des Tarifausschusses die Lohnuntergrenze eines repräsentativen Tarifvertrags allgemeinverbindlich erklären zu lassen
- Zudem das subsidiäre Verfahren nach dem Mindestarbeitsbedingengesetz praktikabler gestalten: der unbestimmte Rechtsbegriff der sozialen Verwerfungen kann wegfallen, Hauptausschuss „stärken und der politischen Einflussnahme entziehen“; regionale Unterschiede sind zu berücksichtigen und Ausnahmeregelungen vorzusehen; Nachwirkung von Tarifverträgen zeitlich befristen. Um zu verhindern, dass sich Monopole oder Kartelle über den Umweg des Tarifrechts bilden, soll in Zukunft das Bundeskartellamt in jedem Verfahren zu AVE nach dem AEntG und Verfahren nach dem Mindestarbeitsbedingengesetz eine Stellungnahme geben.

- Allgemeinverbindlichkeit erleichtern und auch ohne Zustimmung AG
- Tarifverträge sollen bei Betriebsübergängen/ Eigentümerwechsel unbefristet geschützt bleiben
- Vetorecht für Gewerkschaften einräumen
- Verbandsklagerecht zur Einhaltung von TV einführen
- Tarife in Ost und West angleichen

- Tarifvertragssystem stärken, Tariffucht bekämpfen
- Erleichterung branchenspezifische Mindestlöhne und Branchentarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären

Neue Regeln für gute Arbeit

- Mindestlohn 8,50€







- Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab.
- Für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, sollen die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht genommen werden. Sie sollen







- Mindestlohn mindestens 8,50 €
- gesetzlich, flächendeckend, einheitlich in Ost und West
- auf Vorschlag einer vom BMAS eingesetzten Mindestlohnkommission







- Strikte Ablehnung eines allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohns
- Lohnuntergrenzen: bestehenden Regelungen für Mindestlöhne überarbeiten; Ansatzpunkte sind Löhne,







- Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn 10€ und bis Ende der Wahlperiode 60% des nationalen Durchschnittslohnes. Das sind derzeit 12 €.
- Branchenspezifisch höhere







- flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 €
- Mindestlohnkommission (Gewerkschaften, AG-Verbände und ExpertInnen aus der Wissenschaft)







					
	<p>gemeinsam einen tariflichen Mindestlohn festlegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kommission soll festlegen, wobei die unterschiedlichen Situationen in den Regionen und Branchen berücksichtigt werden können 	<p>jährlich angepasst</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ klare Regeln zur Kontrolle und Sanktionen bei Umgehung ▪ Geltungsbereich des Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Branchen ausweiten und stärken, damit die Möglichkeit, einen tariflich vereinbarten Mindestlohn auf alle Beschäftigten einer Branche zu erstrecken 	<p>die von Gewerkschaften und Arbeitgebern in Tarifverträgen ausgehandelt werden;</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Höhe der Lohnuntergrenzen: Branche für Branche festzulegen: dezentral und differenziert ▪ (weiter: siehe oben zu AVE und MiArbG) 	<p>Mindestlöhne</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ (weiter: siehe oben zu AVE) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anpassung des Mindestlohnes unter Berücksichtigung der Beschäftigungseffekte, der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen (von der Kommission) ▪ darüber hinausgehende branchenspezifische Mindestlöhne
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Leiharbeit: equal pay und equal treatment, ▪ Synchronisationsverbot, ▪ Höchstüberlassungsdauer ▪ Mitbestimmungsrechte 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zeitarbeit als Möglichkeit, berufliche Perspektiven zu schaffen und Auftragsspitzen zu bewältigen ▪ Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“: Tarifparteien unterstützen, dies „unter Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Equal pay und equal treatment, gesetzlich regeln ▪ Verbot des Einsatzes von LA als Streikbrecher ▪ Synchronisationsverbot ▪ LeiharbeiterInnen in Belegschaft für Schwellenwerte mitzählen ▪ Mehr Mitsprache bei Leiharbeit (Zustimmungspflicht u.a.) sowie bei innerbetrieblicher Weiterbildung oder Gesundheitsschutz ▪ Verbot konzerninterner Verleihung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Leiharbeit: durch tarifliche Branchenzuschläge wird über Zeitschiene die Tariflücke zwischen Beschäftigten in der Zeitarbeit und den Belegschaften der Entleihbetriebe geschlossen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbot von Leiharbeit bis dahin: ▪ Equal-pay ▪ Flexibilitätszulage 10% ▪ Verleihdauer soll auf wenige Monate begrenzt werden ▪ Feste Beschäftigung beim Verleiher ▪ Synchronisationsverbot ▪ Zustimmung Betriebsrat 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Equal pay für Leiharbeitskräfte mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte, ab dem ersten Tag und <u>zusätzlich</u> einen Flexibilitätsbonus ▪ Equal treatment für LeiharbeiterInnen ▪ Verbesserte Mitbestimmung für Betriebsräte in den Entleihbetrieben ▪ Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen ▪ effektive Kontrollen ▪ betriebliche Gesundheitsförderung auch für LeiharbeiterInnen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Werkverträge; equal pay, Mitbestimmungsrechte stärken und Kriterien f. Scheinselbständigkeit konkretisieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Werkverträge ist wichtiges Instrument am Arbeitsmarkt, mit Sozialpartnern sicherstellen, dass kein Missbrauch stattfindet 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Scheinselbständigkeiten klarer definieren -> damit auch missbräuchliche Werkverträge verhindern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Werkvertragsmissbrauch verhindern ▪ Werkverträge mitbestimmungspflichtig machen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ klare Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen ▪ Kontrollen ▪ Mitbestimmung verbessern
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kündigungsschutz stärken, sachgrundlose Befristung aufheben 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Festanstellung als Regelfall, Befristung aber ok zur Bewältigung von Auftragsspitzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sachgrundlose Befristung abschaffen ▪ WissZeitVG mit Mindeststandards Befristung ▪ Modellversuche Anonymisierte Bewerbung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersdiskriminierung bei den Kündigungsfristen aufheben ▪ Vorbeschäftigungsverbot bei der befristeten Beschäftigung lockern und gleichzeitig Kettenbefristungen durch eine einjährige Karenzfrist effektiv verhindern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kettenbefristungen und sachgrundlose Befristung abschaffen ▪ Profitablen Unternehmen sollen Massenentlassungen verboten werden ▪ Rückkehrrecht auf Vollzeitarbeit einzuführen, ▪ einen besonderen Kündigungsschutz für Eltern schaffen (bis zur 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stehen zum bestehenden Kündigungsschutz, allerdings gilt es, bestehende Lücken zu schließen, beispielsweise bei den Bagatellkündigungen ▪ Befristungsgründe reduzieren und die Befristung ohne Sachgrund abschaffen,







					
				<p>Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Befristung im Hochschulwesen nur für wissenschaftliche Qualifikationsprojekte und für die gesamte Dauer des Vorhabens 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ im Bildungsbereich vermeiden, dass Daueraufgaben durch befristete und Honorarverträge abgedeckt werden ▪ öffentlicher Sektor übt Vorbildfunktion für faire, moderne und zukunftsfähige Beschäftigung aus
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse: bei Einkommen bis 800€ ist der AG-Anteil höher 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Minijobs rechtlich anderen Arbeitsverhältnissen gleichsetzen (Urlaub etc.) und dies kontrollieren ▪ Bei gewerblichen Mini-Jobs gesetzlich regeln: grundlegende arbeitsrechtliche und tarifliche Ansprüche in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niederlegen und Kontrolle ihrer Einhaltung verbessern ▪ gleitende Übergänge von Mini-Jobs in reguläre Beschäftigung verbessern ▪ geringfügige Beschäftigung muss nach Tarif bezahlt werden, mindestens 8,50 € ▪ „Wir werden weitere Schritte für eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse in den Zweigen der Sozialversicherung einleiten.“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Grenze für Mini-Jobs (zzt. 450 €) soll demnächst wieder regelmäßig entsprechend der Lohnentwicklung angepasst werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialversicherungspflicht „ab der ersten Stunde“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 1. Schritt: Minijobs eindämmen und Situation der jetzigen Minijob-Beschäftigten sofort spürbar verbessern: <ul style="list-style-type: none"> ○ gesetzlicher Mindestlohn, automatisch eine wirksame maximale Stundenbegrenzung für Minijobs einziehen ○ Streichen der Ausstiegsklausel aus der Rentenversicherung, so dass zukünftig mit einem Minijob immer auch Rentenansprüche erworben werden ○ Schriftlicher Vertragsabschluss ○ Kontrollen in den Betrieben verstärken ▪ 2. Schritt: den gesamten Niedriglohnsektor umfassend reformieren: <ul style="list-style-type: none"> ○ prekäre Beschäftigung zurückdrängen und Minijobs durch sozialvers.pflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzen (nicht: Nebenverdienste von Schülern, Studierenden und Rentnern) ▪ haushaltsnahe Dienstleistungen im Privathaushalt: vereinfachtes Anmeldeverfahren beibehalten

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch auf Teilzeit. Recht auf Aufstockung auf Vollzeit und auf befristete Teilzeit (für Familienarbeit u.a.) ▪ Lebensarbeitszeitkonten ▪ Ganztägige Kinderbetreuung, Abschaffung Betreuungsgeld, Rechtsanspruch auf KiTa–Platz, Ausbau frühkindlicher Bildung ▪ Equal pay für Mann und Frau ▪ gerechte Arbeitsplatzbewertung und Gleichstellungsinstrumente wie Geschlechterquoten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kindergeld ebenso wie den Kinderzuschlag anheben ▪ neue Lebenszeitpolitik: Möglichkeiten eröffnen, um berufliche Auszeiten zur Erziehung von Kindern, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege der eigenen Eltern zu ermöglichen ▪ vollzeitnahe Teilzeit für Eltern ermöglichen ▪ „Wiedereinstiegs-BAföG“ mit Arbeitgebern prüfen ▪ Inanspruchnahme haushalts- und familienunterstützender Dienstleistungen weiter erleichtern ▪ Teilelterngeld einführen (Bezug bis zu 28 Monate), Großelternzeit einführen ▪ Betreuungsgeld beibehalten ▪ Gesetzliche Transparenzpflichten prüfen, um Entgeltgleichheit zu erreichen ▪ Rückkehr in Vollzeit (nach Pflege- oder Erziehungsphase) mit Hilfe eines Rechtsanspruchs ermöglichen ▪ verpflichtende „Flexi-Quote“ für börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen, gesetzliche Quote ab 2020: 30% für Frauen in Aufsichtsratsmandaten von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Betreuungsgeld abschaffen, das Geld stattdessen in KiTa-Ausbau ▪ Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit für Eltern und pflegende Angehörige mit einem Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit im Teilzeit- und Befristungsgesetz ergänzen. ▪ Erhöhtes Kindergeld für einkommensschwache Familien ▪ 14 Monate Elterngeld, wenn beide Teilzeit arbeiten, Basiselterngeld für SGB II EmpfängerInnen wieder anrechnungsfrei stellen ▪ Lebensarbeitszeit- und Arbeitszeitkonten für flexiblere Lebensgestaltung unterstützen ▪ Entgeltgleichheitsgesetz ▪ 40% Frauenquote in wiss. Führungsgremien und Aufsichtsräten sowie Vorständen ▪ soziale (z.B. Entgeltgleichheit und Frauenförderung) und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nutzung flexibler Arbeitszeitmodelle ausweiten ▪ Familienorientierte Modelle 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch auf Teilzeit nicht unterhalb von 18h/Woche ▪ Equal-pay: gleicher Lohn für gleichwertig Arbeit ▪ 2 Mal pro Berufsleben Recht auf Sabbatjahr mit Rückkehrrecht ▪ Recht auf Feierabend ▪ Arbeitszeitgesetz ändern: wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 → 40 h ▪ Erwerbsarbeitsverkürzung auf 30h/Woche, kürze Vollzeit, längere Teilzeit ▪ Gesetzl. Ladenschluss begrenzen ▪ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Tarifpartner gesetzlich verpflichten, Tarifverträge nach geschlechtergerechten Kriterien zu überarbeiten ▪ Frauenquoten nicht nur in Aufsichtsräten ▪ Gleichstellungsgesetz für Privatwirtschaft ▪ Pflege und Sorge: bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen ▪ Ehegattensplitting abschaffen ▪ Antidiskriminierungsgesetz: Verbandsklagerecht und Beweislastumkehr einführen ▪ Bedarfsgerecht und qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot für Kinder, Rechtsanspruch Kita, rechtliche und fin. Grundlage schaffen für flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot ▪ Elterngeld: paritätische Teilung der Elternzeit sichern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Leitbild einer vollzeitnahen Teilzeittätigkeit für Frauen und Männer ▪ Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht ▪ Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft: Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Maßnahmen zur Gleichstellung verpflichten ▪ feste Quote von 50% für Frauen in Aufsichtsräten ▪ Fehlanreize für Frauen, wie Ehegattensplitting und kostenlose ▪ Mitversicherung, abbauen und so diskriminierende Strukturen, die einer stärkeren Frauenerwerbsarbeit und einer eigenständigen Existenzsicherung im Weg stehen, überwinden. ▪ flächendeckender Ausbau von Kitas, Ganztagschulen sowie ambulanten als auch teilstationären Pflegeangeboten und Pflegeeinrichtungen ▪ Recht auf Teilzeit und Recht auf Rückkehr zu Vollzeit







					
				<ul style="list-style-type: none"> ▪ Besonderer Kündigungsschutz für Eltern: bis zur Vollendung des 6. Lebensjahr des Kindes ▪ Kostenfreie Werterbildung nach Elternpause ▪ Elterngeld: Anspruch von 12 Monaten pro Elternteil und 24 Monate für Alleinerziehende, zu Elterngeldkonto weiterentwickeln, in Teilschnitten zu nehmen, nicht auf Hartz IV aufrechnen ▪ Kindergeld nicht auf Hartz IV anrechnen 	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentliche Auftragsvergabe an sozialen Kriterien ausrichten (Tariftreue, Mindestlohn, Gleichstellung) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tariftreue, dabei ortsübliche Entlohnung, aber mindestens Mindestlohn 8,50 € ▪ Ressourcen und Kapazitäten bereitstellen um Privatisierungen obsolet zu machen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Selbstverpflichtungen zur Geschlechtergerechtigkeit in Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vergabe öffentlicher Aufträge an Mindestlöhne, Einhaltung ortsüblicher Tarifverträge und Kriterien für den sozial-ökologischen Umbau und gute Arbeit knüpfen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesetzliche Regelungen für ökologische und soziale Beschaffung mit klaren Zielvorgaben, einheitlichen Arbeitshilfen, Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und einer zentrale Service- und Beratungsstelle
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anerkennung psychischer Krankheiten und Schutzmaßnahmen für AN mit solchen Erkrankungen (siehe auch „Gute und gesunde Arbeit weiter unten“) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Lösungen zum Arbeitsstress sollen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern partnerschaftlich gefunden werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitsschutzrecht anpassen, Gefährdungsbeurteilungen stärker kontrollieren und um psychische Belastungen erweitern ▪ Anti-Stress-Verordnung ins ArbSchG 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anti-Stress-Verordnung und individuelles Veto-Recht bei der Umgestaltung von Arbeit ▪ Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anti-Stress-Verordnung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ moderner Beschäftigtendatenschutz: <ul style="list-style-type: none"> ○ grundsätzliches Verbot der gezielten Beobachtung und Überwachung am Arbeitsplatz und im privaten Umfeld (Ausnahmen nur bei begründetem Verdacht einer strafbaren Handlung oder schwerwiegenden Schädigung der Interessen des Arbeitgebers oder einer konkreten Gefährdung und Gefahr im Verzuge) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Whistleblower und Vertrauensleute schützen ▪ Datenschutz für AN (bes. gegen Überwachung) stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Datenschutz am Arbeitsplatz durch ein Beschäftigtendatenschutzgesetz verbessern ▪ Grundsätzlich und allgemein starker Datenschutz/Schutz der Persönlichkeitsrechte 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schutz von Personen und Strukturen: Whistleblower 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ einen modernen Beschäftigtendatenschutz einführen, der den veränderten Anforderungen einer Informationsgesellschaft gerecht wird ▪ Gesetzlicher Schutz von Whistleblowern







					
<ul style="list-style-type: none"> ○ Verbot des Zugriffs auf personenbezogene oder beziehbare Nutzerdaten bei der Verwendung moderner Kommunikationsmittel (Ausnahme nur bei konkretem Missbrauchsverdacht) ○ konkrete Regelungen zum Fragerecht des Arbeitgebers ausschließlich in Bezug auf die konkrete Tätigkeit und zur Zulässigkeit der Anordnung medizinischer Untersuchungen auf der Grundlage der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte ○ Verletzung der gesetzlichen Vorschriften zum Beschäftigtendatenschutz als Straftatbestand 					
<p>Gute und sichere Beschäftigung für junge Beschäftigte</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ▪ Ausbildung statt Ausbeutung ▪ Gesetze, die Praktika regeln und Missbrauch dieser verhindern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ junge Erwachsene ohne Berufsausbildung: sollen mit besonderer Förderung Berufsausbildung nachholen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds zur Finanzierung betrieblicher Ausbildungsplätze Praktika: Mindeststandards einführen, Anspruch auf einen Vertrag, eine Mindestvergütung sowie ein qualifiziertes Zeugnis, Befristung auf max. 3 Monate 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Lohnnebenkosten senken, „um Einstieg zu ermöglichen“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Praktika: Missbrauch beenden ▪ Jugendarbeitsschutzgesetz verbessern ▪ (siehe auch Kapitel „Bildung und Qualifizierung“, Unterkap. „Für eine moderne und gute berufliche Bildung / Ausbildung statt Ausbeutung“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für Praktika: klare Mindestbedingungen zur Geltung bringen: schriftlicher Vertrag, Zeugnis, Mindestaufwandsentschädigung, eine festgelegte zeitliche Begrenzung
<p>Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Betreuung und Vermittlung verbessern ▪ Kein Zwang zu prekärer Beschäftigung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Langzeitarbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt fit machen: Schwerpunkt der Bundesagentur ▪ Langzeitarbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ▪ Kosten für Quali von Erwerbslosen steigern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Passive Leistungen in aktivierende umwandeln ▪ Fallmanagement verbessern ▪ Bundesleistungsgesetz statt Eingliederungshilfe (Pauschalisierung) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sanktionen und Ein-€-Jobs abschaffen ▪ Öffentlich geförderte Beschäftigung: zusätzlich, sinnvoll, existenzsichernd, tariflich abgesichert 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Arbeitsmarkt: Passive Leistungen in aktive Leistungen umwandeln -> Arbeitslosengeld II und die Kosten der Unterkunft in ein Arbeitsentgelt für ein soz.vers.pfl.







					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterbildung ▪ Öffentl. Geförderte Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Perspektive 50plus“ fortsetzen ▪ Freiwilligendienste weiterentwickeln: auch in kleinen, verbandsfreie und kommunale Einrichtungen ermöglichen und Auslandsdienste ausbauen 		<p>von Leistungen)</p>	<p>(mind. 10€/h, Brutto/Monat nicht unter 1.500€)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch auf Weiterqualifizierung und Beratung für Erwerbslose 	<p>Beschäftigungsverhältnis umwandeln</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitsplätze im Sozialen Arbeitsmarkt können von allen Arbeitgebern angeboten werden. Damit verabschieden wir uns von den Kriterien der „Zusätzlichkeit“, des „öffentlichen Interesses“ und der Wettbewerbsneutralität“. An deren Stelle tritt der lokale Konsens.
<p>Arbeitslose besser stellen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anwartschaft ALG I auf 3 Jahre sowie 6 Monate Einzahlung ▪ ALG I Mindesthöhe = ALG II (Bund finanziert) ▪ Anschluss- und Aufwärtsqualifizierung ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rahmenfrist für ALG I Bezüge auf 3 Jahre erhöhen ▪ Oberstufe des dualen Systems weiter ausbauen und Hochschulen verstärkt für berufl. Qualifizierte öffnen 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erwerbslosengeld leichter zugänglich machen und länger zahlen ▪ Selbständige in Erwerbslosenversicherung einbeziehen ▪ Rechtsanspruch auf Förderung und Weiterbildung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn sie mindestens vier von 24 Monaten Beiträge gezahlt wurden ▪ Förderinstrumente des SGB II individueller und praxisnäher ausrichten Nach finanziellen Kahlschlag bei der Arbeitsförderung wollen Grüne für Gründung und Qualifizierung wieder ausreichend Mittel zur Verfügung stellen
<p>Ausbau des Sozialversicherungsschutzes</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ solidarische Arbeitslosenversicherung ▪ verfassungskonforme Höhe des Hartz-IV-Regelsatzes ▪ Förderung betrieblicher Quali sowie Qualiberation KMU ▪ Übernahme gesamtgesellschaftlicher Aufgaben durch Steuermittel 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Lohnzusatzkosten stabil unter 40 Prozent halten ▪ Mitarbeiterbeteiligung an Gewinn und Kapital: die geltenden steuerlichen und sozialversicherungspflichtigen Rahmenbedingungen prüfen und schrittweise attraktiver ausgestalten, dafür auch Darlehen der KfW prüfen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitsversicherung, um in AL Zeiten bzw. auch bei Bedarf, Weiterquali finanzieren zu können, auch für Solo-Selbständige ▪ Grundsicherung im SGB II und SGB XII nach Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gestalten: transparentes und sachgerechtes Verfahren der Festsetzung, realitätsnah und nachvollziehbar ▪ Bedarfe für Kinder neu berechnen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Menschen sollen ohne Sozialleistungen auskommen -> liberales Bürgergeld ▪ Aber wer Hilfe braucht (aus steuerfinanzierten Töpfen) soll sie bekommen, Pauschalisierung von Zuschüssen zu den Wohnkosten ▪ Aufwandsentschädigungen für gesellschaftl. Engagements sollen nicht zu einer Verringerung von staatl. Hilfen führen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Hartz IV abschaffen: dafür eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung ▪ Kurzfristig Regelsätze auf 500€ erhöhen, perspektivisch Konzept einbringen, in dem es keine Mindestsicherung unter 1050€ gibt ▪ Zusätzlich sollen nachweisbare Sonderbedarfe übernommen werden ▪ Individualprinzip einführen und Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr abschaffen ▪ Prozesskostenhilfe und Beratung ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Arbeitslosenversicherung mittelfristig zu einer umfassenden Arbeitsversicherung für ALLE Erwerbstätigen umbauen (auch flexibel Beschäftigte und Solo-Selbständige) einbeziehen ▪ berufsbegleitende Qualifizierung im Fokus, besonders für von AL bedrohte Menschen ▪ Regelsatz für Erwachsene auf 420 € erhöhen ▪ Für Kinder neu berechnen und erhöhen (+ 500Mio € p.a.) ▪ Berechnung von der







					
					Bedarfsgemeinschaft hin zur individuellen Existenzsicherung <ul style="list-style-type: none"> Abschaffung der Spezi­alsanktionen für Menschen <25 Eigenständige Existenzsicherung für Kinder
Sicherung des Fachleutebedarfes <ul style="list-style-type: none"> Ausbau von Aus- und Weiterbildung, Programm 2. Chance Recht auf betriebliche Ausbildung Pflege-/Gesundheitsberufe stärken Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse 	<ul style="list-style-type: none"> Umsetzung des begonnenen Fachkräftekonzepts: Qualifizierung von Arbeitnehmern Duale Ausbildung: zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften dauerhaft sichern und weiterentwickeln Arbeitnehmer-Freizügigkeit: Bürokratische Hindernisse weiter abbauen „Bluecard“: Akzeptanz regelmäßig überprüfen und fortentwickeln, Anlaufstellen im Ausland entwickeln Für altersgemischte Teams werben: Betriebs- und Tarifpartner ermuntern, verstärkt Weiterbildungspläne in den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu verankern Weiterentwicklung der Berufsbilder im Gesundheitswesen 	<ul style="list-style-type: none"> Pflegeberufe stärken, z.B. mit Ausbildungsvergütung bei Besuch der Fachschule und Kostenfreiheit Finanzielle Förderung des Nachholens von Schulabschlüssen Berufsbildungs­garantie Stärkung der 3-3,5jährigen Ausbildungen Gegen Fachkräftemangel: Doppelstrategie Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten für jedeN und neue Zugänge zum Arbeitsmarkt Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse verbessern und Menschen besser Beraten/Betreuen Systematische Berufsorientierung bereits in den letzten drei Schuljahren 	<ul style="list-style-type: none"> Duales System weiter ausbauen, gegen Akademisierung von Ausbildungsberufen Duales Studium weiter ausbauen 2. Chance Förderung fundierter und marktorientierter Aus- und Fortbildung von niedrigqualifizierten individuelle Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter unterstützen, privates Bildungssparen und Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit Pflegeausbildung wichtig, klar geregelte Finanzierungsmöglichkeiten, Anerkennung und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern Zusammenführung der drei bisher getrennten Ausbildungen zum Kinderkranken-, Kranken- und Altenpfleger Freiberuflichkeit der Heilberufe soll bleiben Einwanderungsrecht für Fachkräfte verbessern, Willkommenskultur etablieren 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher soll auf Hochschulniveau stattfinden Pflegeberufen zu einer dreijährigen dualen Ausbildung zusammenführen 	<ul style="list-style-type: none"> klugen Mix aus Bildung, Qualifizierung und Unterstützung nicht genutzte Fachkräftepotenziale mobilisieren Einheimische und EinwanderInnen, Junge und Alte sowie Beschäftigte und Arbeitslose nicht gegeneinander ausspielen: Mix aus Bildung, Qualifizierung und Unterstützung (u.a. Weiterbildungs-Bafög, einheitliche und unbürokratische Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und der Ausbau des Nachqualifizierungsangebots) Frauen (siehe oben Kapitel „Neue Regeln für Arbeit“) Ältere: alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen (mit gesetzlichem Rahmen) Zuzug ausländischer Fachkräfte: vereinfachen und transparenter gestalten: Einführung eines liberalen und transparenten Punktesystems und Etablieren einer wirklichen Willkommenskultur
Gute und gesunde Arbeit/Rehabilitation <ul style="list-style-type: none"> Physische und psychische 	<ul style="list-style-type: none"> Ältere Arbeitnehmer: mit Tarifparteien, Krankenkassen und 	<ul style="list-style-type: none"> Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> 	<ul style="list-style-type: none"> 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitsschutz auf die neuen Gefährdungen hin überarbeiten: Anti-







					
<p>Belastungen anerkennen und vermeiden sowie kontrollieren und Verstöße gegen ArbSch ahnden</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Prävention spezifizieren auf Zielgruppen ▪ Anreize zur Umsetzung auch in Kleinstbetrieben ▪ Sozialvers. Ausbauen und SGB IX weiterentwickeln 	<p>weiteren Partnern das betriebliche Gesundheitsmanagement stärken und neue Angebote entwickeln</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesundheitsförderung mit Schwerpunkten auf betriebliche Maßnahmen 				<p>Stress-Verordnung zum Schutz vor Stress am Arbeitsplatz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufsichtsbehörden und Sozialpartner stärker sensibilisieren und in die Lage zu versetzen, neue Gesundheitsrisiken zu erkennen und sie zu beheben. ▪ Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung vorantreiben, auch dort wo prekäre Beschäftigung, Teilzeit und Leiharbeit dominieren
<p>Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland und Europa</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Neutrales Mitglied statt Doppelstimmrecht im Aufsichtsrat ▪ Arbeitsdirektor im Aufsichtsrat Zustimmungspflichtig durch AN ▪ Schwellenwerte der Mitbestimmungsgesetze senken und ökonom. Kriterien einführen ▪ Scheinauslandsgesellschaften einbeziehen ▪ SE-Einsatz besser kontrollieren ▪ Europäische Mitbestimmungsstandards 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat eines Unternehmens schaffen (u.a. damit Entscheidungen über Produktionsstandorte nicht ohne Mitbestimmung fallen können) ▪ Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen ▪ Genossenschaftsrecht weiterentwickeln ▪ Flucht aus der Mitbestimmung verhindern ▪ Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken ▪ deutsches Mitbestimmungsrecht muss auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform und Sitz in Deutschland erstreckt werden ▪ Gleiche Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte bei Kirchen. Streikrecht muss auch im kirchlichen Bereich gelten. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechte der Aktionäre an ihrem Unternehmen stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Betriebsverfassung muss uneingeschränkt für die Kirchenbeschäftigten gelten (§118 streichen), unteilbares Streikrecht ▪ Scheinauslandsgesellschaften in Unternehmensmitbestimmung einbeziehen ▪ Schwellenwerte der Mitbestimmungsgesetze senken ▪ Gleiches Stimmrecht im Aufsichtsrat für AN und AG ▪ Bund-Länder-Sperrminorität im Aufsichtsrat für systemrelevante Kreditinstitute (wie VW-Gesetz) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Starke Mitbestimmung: bewahren und ausbauen ▪ Mitbestimmungsrechte in geschützten Ausbildungs- und Beschäftigungseinrichtungen (Werkstätten für behinderte Menschen) weiterentwickelt und verbessern ▪ die gleichen Mitbestimmungsrechte unabhängig vom jeweiligen Sektor, also auch im öffentlichen Bereich und Tendenzbetrieben (gilt für den Einsatz für Leiharbeit und Werkverträgen, im Falle ausländischer Rechtsformen von Unternehmen) ▪ Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte soll künftig die paritätische Mitbestimmung gelten ▪ mit Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Beteiligten in Dialog treten: kirchliche MitarbeiterInnen außerhalb der Verkündigungsbereiche sollen die gleichen Rechte bekommen







					
					<ul style="list-style-type: none"> ○ für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Bereichs der Verkündigung des kirchlichen Arbeitsrecht abschaffen ○ (Recht zur Bildung von Betriebsräten und das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit einschließlich der Streikfreiheit) ○ Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) mit ändern, dass es wie in anderen Tendenzbetrieben auch auf Beschäftigungsverhältnisse in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden
<p>Anreize für nachhaltige Unternehmensführung schaffen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unternehmensinteresse in §76 Abs. 1 AktG konkreter ▪ Zustimmungspflichtige Geschäfte um Unternehmens-Strategien erweitern ▪ -> gesetzlich oder per qualifiz. Mehrheit im Aufsichtsrat ▪ Stimmrecht nach Haltedauer 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (Überbetriebliche) Branchenbeiräte und Branchendialog beim sozial-ökologischen Umbau und in neuen Eigentumsformen ▪ Antistreichparagraf § 160 SGBIII abschaffen, politischen Streik legalisieren, kalte Aussperrung verbieten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪
<p>Weiterentwicklung der Rechte des Betriebsrates</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitbestimmung bei Beschäftigungssicherung und Qualifizierung ▪ Erzwingbare Mitbestimmung bei Gleichstellungsmaßnahmen ▪ Vereinfachtes Wahlverfahren bei Gründungen ausbauen ▪ grenzüberschreitende 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umfang und Dauer von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Werkverträgen im Betrieb, für den der Einsatz erfolgt. Beim Einsatz von Fremdbeschäftigung wollen wir die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte ausweiten und das 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung: Vetorecht Stellenpläne, Arbeitsabläufe, Personalbemessung ▪ Ausweitung Informations-, Kontroll- und Vetorechte ergänzen und ausweiten auf wirtschaftl. Fragen (Betriebs- und Standortänderungen und Entlassungen) und Gestaltung der 	<ul style="list-style-type: none"> ▪




					
<p>Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Tendenzunternehmen gleichstellen ▪ Arbeitsbedingungen BR verbessern ebenso Schutz 		<p>Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bei der innerbetrieblichen Weiterbildung oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Mitbestimmung ausweiten ▪ Im ÖD Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte im Bund und in den Ländern stärken 		<p>Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen</p>	
<p>Mehr Transparenz und Verbindlichkeit in der Debatte um Corporate Social Responsibility (CSR)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechenschaftspflicht über Umwelt-/Sozial- und Menschenrechtsbelange ▪ CSR –Aktionsplan nach europ. Vorgaben anpassen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erwarten Haltung der sozialen Verantwortungsübernahme von allen Unternehmern und Unternehmen ▪ EU-Verbraucherpolitik ausbauen und das hohe deutsche Schutzniveau in ganz Europa verankern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Berichtspflicht für Unternehmen über soziale und ökolog. Herstellungsbedingungen ▪ Transparenz und mehr /stärkere Rechte für VerbraucherInnen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbraucherschutz: Transparenz ist nicht genug: Informationsrechte und klare gesetzliche Vorgaben und Regulierungen gegenüber den Unternehmen und eine öffentliche Kontrolle der Märkte durchzusetzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unternehmen sollen soziale und ökologische Mindeststandards bei Produktion und Vertrieb in Deutschland und weltweit einhalten und ihre CSR-Standards für VerbraucherInnen erkennbar machen
<h2>2. Für solidarische Alterssicherung</h2>					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilrente ab 60 und andere finanz. Unterstützung f. Übergangsmodelle ▪ Rente 67 aussetzen ▪ Besser Leistungen in der Altersversorgung ▪ Rücklagen aufbauen und Beitrag moderat erhöhen ▪ Ausbau der betrieblichen Altersversorgung ▪ Altersarmut und sozialen Abstieg bekämpfen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rente mit 67 beschlossen und bis 2029 schrittweise einführen ▪ private und betriebliche Vorsorge stärken ▪ Mütterrente anheben: ab 2014 für vor 1992 geborene Kinder ein Rentenpunkt ▪ Pflegezeiten in Renten besser anerkennen ▪ Lebenslebensrente: wer 40 Jahre privat rentenversichert war soll einen Zuschuss auf 850€ bekommen (mit Freibeträgen auf die private Vorsorge) ▪ Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ attraktive Teilrente ab 60 „oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können,“ ▪ der abschlagsfreie Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren ▪ abschlagsfreier Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit Erwerbstätigenversicherung, die mehr Gruppen ein bezieht ▪ Anhebung des Eintrittsalters erst bei 50% Beschäftigung der 60-64-jährigen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ flexiblere Regeln zum Renteneintritt ▪ altersgerechete Arbeitsplätze (müssen Unternehmen schaffen) ▪ Sicherungssystem für dir Tüchtigen und Fleißigen ▪ Teilrenten ▪ Frührente mit Abschlägen ▪ Konsequenz beitragsbezogen ▪ private Vorsorge für Geringverdiener attraktiver machen ▪ betriebliche Vorsorge ▪ Rentenversicherung f. Selbständige: keine „Zwangslösungen“ ▪ Ost – West –Angleichung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abschaffung Rente 67, Wiedereinführung der abschlagsfreien Rente mit 65, nach 40 Beitragsjahren abschlagsfreien Einstieg in Rente schaffen (ab 60 Jahren) ▪ Rückführung Sicherungsniveau auf 53% (Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel streichen) ▪ 3 Jahre Kindererziehungszeiten für alle anrechnen ▪ die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die gesetzliche Rente übertragbar machen ▪ Erwerbsminderungsrente: Zugang erleichtern, Abschläge streichen ▪ Unternehmen gleichmäßig an Kosten beteiligen: paritätische 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ angemessenen Rentenniveau, damit das Vertrauen in das Rentensystem über die Generationen hinweg bestehen bleibt ▪ schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer BürgerInnenversicherung ▪ Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Lebensstandardsicherung im Alter (Riesterrente grundlegend reformieren: ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einführen) ▪ Rente bis 67 bleibt, aber bessere betriebliche Ges.förderung und







					
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erwerbsminderungsrenten mit einer spürbaren Erhöhung der Rentenansprüche besser stellen ▪ bessere Anpassung der Rehabilitationsleistungen ▪ Altersvorsorgepflicht bei Selbstständigen einführen ▪ Transparenz: für eine unabhängige und übergreifende Informationsplattform aller Ansprüche aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge ▪ Starre Altersgrenzen auf den Prüfstand stellen: mit den Tarifpartnern bessere Möglichkeiten schaffen, länger arbeiten zu können (Öffentlicher Dienst als Vorbild) ▪ Angleichung der Renten in Ost und West ist mit dem geltenden Recht zu erreichen: halten an Rentenberechnung nach geltendem Recht fest 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung ▪ betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung stärken ▪ Riester-Rente: für Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz ▪ gesetzl. Rentenniveau bis 2020 aufrecht erhalten, dann neu bewerten ▪ Solidarrente für Langzeitversicherte von min. 850€ ▪ Gleicher Betrag als prüfungsfreie zweite Säule der Grundsicherung ▪ Angleichung Ost-West, gem. Rentenrecht ▪ Gesetzliche RV ist zentral 		<p>Finanzierung (auch durch Auftraggeber), für alle Erwerbstätige</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beitragshöhe soll sich an Sicherungsziel richten ▪ Solidarische Mindestrente: 1.050€ (Beitragsbegründete + Steuermittel) ▪ Ost-Westrenten: zügige Angleichung auf Westniveau (bis spätestens 2017) 	<p>individuelle Übergangslösungen, insbesondere durch eine Teilrente ab 60 Jahren abschlagsfreie EMR wieder auf das 63. Lebensjahr setzen; wer aufgrund medizinischer Diagnose und Prüfung eine EMR erhält, sollte diese ohne Abschläge erhalten. Zurechnungszeiten wegen EM werden beim Zugang zur Garantierente anerkannt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 € bei Anerkennung von Erziehungs-/Pflege-/Erwerbslosigkeitszeiten, Rentensplitting in der Ehe obligatorisch machen und Kindererziehungszeiten stärker anrechnen ▪ Angleichung Ost an West, die bisher erworbenen Rentenansprüche sollen konstant bleiben. ▪ Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen ▪ Minijobs vollumfänglich und die bisher nicht pflichtversicherten Selbständigen in die RV einbeziehen ▪ Jüdische Kontingentflüchtlinge rentenrechtlich mit Spätaussiedlern gleichstellen <p>Ghetto-Rente rückwirkend bis 1997 auszahlen</p>
<h3>3. Europa sozial gestalten</h3>					
<p>Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, Vollbeschäftigung und ausreichende Staatsfinanzierung sicherstellen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weitere Anstrengungen und Reformen in den Staaten, die Hilfe brauchen, keine Vergemeinschaftung der Schulden und Eurobonds 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Trennung der EZB in Geldpolitische Funktion und Aufsichtsfunktion, letztere in eigenständige Behörde ausgliedern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine europäischen Steuern ▪ Europäische Insolvenzverordnung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ablehnung Fiskalpakt, Schutzschirm für Menschen ▪ Einmalige Vermögensabgabe ab 1 Mio.€ (gesonderter Freibetrag für 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europäischer Green New Deal: ▪ Finanzierung ökologischer Erneuerungsinvestitionen und europäischer Netze







					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsfinanzen vom allg. Finanzmarkt trennen ▪ Marshall-Plan ▪ Regulierung der Finanzmärkte ▪ Handlungsfähige Staaten zurückgewinnen ▪ Steuerpolitische Harmonisierung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit: solide Finanzpolitik, Wachstumsförderung durch Strukturreformen und mehr Investitionen in Bildung und Forschung, Euro soll eine starke und stabile Währung bleiben ▪ Soziale Marktwirtschaft als Vorbild für Europa ▪ Euro-Politik: bisherigen Kurs weiter halten ▪ Wer Hilfe braucht, muss mit eigenen Leistungen dazu beitragen, die Probleme zu lösen: Schuldenberge abbauen, eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen und Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Technologie steigern (Fördermittel zukünftig stärker danach ausrichten) ▪ ausgeglichene Haushalte in allen EU-Mitgliedstaaten und Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ▪ „Stabilitätsunion“: 1. Bankenunion: europäische Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank, vereinheitlichte Mindeststandards der nationalen Einlagensicherungssysteme; 2. Einhaltung strikter Haushaltsregeln: Stabilitäts- und Wachstumspakt und Fiskalpakt strikt einhalten und gegebenenfalls sanktionieren und Überwachung durch EU-Kommission ermöglichen; 3. Wettbewerbsfähigkeit steigern: Pakt für Wettbewerbsfähigkeit schließen ▪ Internationalen Finanzmärkten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europäischer Restrukturierungsfonds für große Banken ▪ Europäische Abwicklungsregeln, wie Bonirückzahlungen ▪ Eigene europ. Ratingagentur ▪ Abstimmung in der Steuerpolitik und Mindest-Unternehmenssteuer/ Kapitalsteuer ▪ Gemeinsame Wirtschaftspolitik ▪ Europäischen Investitions- und Aufbaufonds für die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung ▪ Europ. Schuldentilgungsfonds ▪ für eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Europa 		<p>Betriebsvermögen)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Reichensteuer von 75% auf jeden € Einkommen von über 1 Mio.€/Jahr ▪ Finanztransaktionssteuer von 0,1% ▪ Soziale und steuerliche Mindeststandards ▪ Einführung Bankenabgabe, Steuerflucht bekämpfen: Meldepflicht einführen, Androhung Entzug der Banklizenz und bessere Kapitalverkehrskontrollen ▪ Gründung einer europ. Bank für öffentliche Anleihen ▪ Programme zum Sozialabbau und Kürzungen stoppen und rückgängig machen ▪ Bankensektor umbauen ▪ Schaffung einer öffentl. europ. Rating-Agentur ▪ Investmentbanking abwickeln, neues Finanzwesen schaffen nach Modell Sparkassen und Genossenschaftsbanken, Schattenbanken auflösen, Private Großbanken verstaatlichen, Dispo-Zinsen auf max. 5% beschränken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik mit starker europäischer Bankenunion ▪ europäischen Steuerpakt gegen Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerflucht ▪ Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit ▪ Verteidigung fairer Löhne, Gewerkschaftsrechte und Existenz sichernder sozialer Garantien ▪ Binnenkonjunktur in Überschussländern stärken: Reallohn stärken (D: Mindestlohn und Tarifsysteem stärken!) ▪ Europ. Schuldentilgungspakt mit Vermögensabgaben in europäischen Ländern ▪ Haftungs- durch Solidarunion ersetzen ▪ ESM zu Europäischem Wahrungsfonds machen (Kontrolle durch Europäisches Parlament) ▪ Eurobonds (mit Vertragsänderung und Staatsinsolvenzverfahren) ▪ neu zu schaffenden Amt eines/einer EU-KommissarIn für Wirtschaft und Währung mit Vorsitzfunktion in der Eurogruppe und im ECOFIN (Einbeziehung des Europäischen Parlaments) ▪ Schuldenbremse für Banken 3 % Eigenkapital im Verhältnis zur risikoungewichteten Bilanzsumme als Schuldenobergrenze festsetzen, später höhere Quote ▪ Bankenrestrukturierungsfonds ▪ Ratingagenturen:







					
	<p>wirksam international regulieren</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürokratieabbau auf europ. Ebene: Industrie, KMU, landwirtschaftliche Betriebe, Freie Berufe und Handwerk „von unnötigen Regulierungen entlasten“ ▪ Finanzmärkte regulieren, Schattenbanken kontrollieren ▪ Finanztransaktionssteuer weltweit einführen ▪ Universalbankensystem erhalten 				<p>Haftungsgrundlagen ausweiten, Einfluss zurückdrängen, Europäische Ratingagentur</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Trennbankensystem ▪ Tempolimit für Hochfrequenzhandel ▪ Finanztransaktionssteuer
<p>Die Europäische Union sozialer gestalten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ EU-Sozialvertrag ▪ Soziale Fortschrittsklausel in den Europaverträgen ▪ Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie novellieren und Mindeststandartsetzung herausstellen ▪ Rechtssetzung in Leiharbeit, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Gleichstellung verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Politische Union vertiefen ▪ Europa als Sozialunion 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verstärkte Koordination Wirtschaftspolitik ▪ Stabilitätsunion ▪ Charta der Grundrechte in allen EU-Mitgliedstaaten durchsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Deutschland muss Zusatzprotokoll der Europäischen Sozialcharta über Kollektivbeschwerden ratifizieren ▪ Ablehnung Lissabon-Vertrag, Forderung nach grundlegender Veränderung der vertraglichen Grundlagen der EU ▪ Linkspartei trifft nicht für Ende des Euro ein, aber Kursänderung nötig: engere Abstimmung von Wirtschafts-, Fiskal-, Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken der Euro-Länder ▪ Europäische Ausgleichsunion schaffen ▪ Stärkung von Gewerkschaften und Tarifverträgen europaweit ▪ Sozialstaatlichkeit als Primärziel verankern: Soziale Fortschrittsklausel in EU-Verträge aufnehmen und soziale Grundrechte Vorrang geben ▪ Abstimmung der Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik ▪ Investitionsprogramm gegen Arbeitslosigkeit: Marshall-Plan für 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht ▪ soziale Mindeststandards ▪ verbesserte Anrechnung von Renten- und Arbeitslosenansprüchen erreichen, für gute Gesundheitsversorgung sorgen







					
				<p>Europa (DGB)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gegen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“, gegen Freihandelszone USA-EU 	
<p>Die Europäische Union demokratischer ausrichten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Europ. Konvent ▪ Wirtschaftsdemokratie stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verantwortung vor Gott auch im EU-Vertrag deutlich machen ▪ alle europäischen Entscheidungen für die Bürger in geeigneter Weise zugänglich machen, Deutsche Sprache in EU stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europa mit einem Konvent weiter gestalten ▪ Ausbau der EU-Kommission zu parlamentarisch legitimerter Regierung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EZB –Unabhängigkeit verteidigen und EZB stärken ▪ Konvent, oder ähnlicher Weg wie z.B. zu Fiskalpakt ▪ Volksabstimmung ▪ Parlament als Vollparlament ▪ Direktwahl des Präsidenten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europäisches Parlament stärken: Volksbegehren und Volksentscheide stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ öffentlicher europäischer Konvent zur Zukunft der EU: mit allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen ▪ Europäischen Bürgerinitiative stärken und mittelfristig eines europäischen Volksentscheides entwickeln ▪ Unionsbürgerschaft ausbauen: Wahlrecht für EU-BürgerInnen ausbauen ▪ Europäisches Parlament: Vorschlagsrecht und Wahl Kommissionspräsidenten ▪ Zivilgesellschaft stärken
<p>Den europäischen Arbeitsmarkt gestalten, Lohn - und Sozialdumping verhindern, gute Arbeit in Europa sichern und ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Tarifaufonomie mit Sicherungsklausel stärken ▪ Prekarisierung stoppen, wirksame Mindeststandards ▪ Gute Arbeit Europa ▪ Jugendbeschäftigung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Duale Ausbildung in Schule und Betrieb in anderen europäischen Ländern einführen ▪ Maßnahmen gegen Jungenarbeitslosigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mitbestimmung auch auf europ. Ebene ▪ Wachstum stärken, um Jugendliche in Arbeit zu bringen ▪ Finanztransaktionssteuer -> Mittel sollen in Bildung, F&E sowie Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit (alles EU) fließen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mindestregelungen für ein europ. Tarif- und Sozialsystem ▪ Recht auf politischen Streik und Generalstreik in ganz Europa umsetzen ▪ Grundrechte stärken: Datenspeicherung, Reisefreiheit, Rüstungsgeschäfte, Aussengrenzen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Jugend-Garantie: nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung, Lehrstelle oder Weiterbildung angeboten zu bekommen (Finanzierung über EU-finanzierte Sonderfonds ausbauen)







					
<p>Rahmenbedingungen für faire Mobilität verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechte mobiler AN stärken ▪ Bestehende Standards einhalten ▪ Unterstützung ausbauen ▪ Statusfeststellung erleichtern ▪ vorübergehenden von dauerhaftem Einsatz abgrenzen ▪ Binnenmigration fördern und Zuwanderung europäisch gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Willkommenskultur für kluge Köpfe schaffen ▪ Qualifikationen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nachträglich verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Flüchtlingspolitik: Frontex auflösen, andere Flüchtlingspolitik gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪
<p>4. Aktiver Staat – Finanzierung eines handlungsfähigen Staates</p>					
<p>Bildungsbereich - Investitionsbedarf riesig für</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kita: Rechtsanspruch auf Kitaplätze, Ganztagskita flächendeckend, bessere Ausstattung ▪ Ganztagschulen mit multiprofessionellem Personal, Inklusion ▪ Verbesserung Übergang Schule-Beruf ▪ Ausbau Grundfinanzierung der Hochschulen in Lehre und Forschung ▪ Erwachsenen-BAföG (Weiterbildung) ▪ Gebührenfreie Bildung ▪ Verbesserung Lehr- und Lernbedingungen an beruflichen Schulen und in der dualen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapitel „Bildung und Qualifizierung weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapitel „Bildung und Qualifizierung“ und Unter-Kapitel „Investitionsprogramm“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapitel „Bildung und Qualifizierung weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapitel „Bildung und Qualifizierung“ und Unter-Kapitel „Investitionsprogramm“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapitel „Bildung und Qualifizierung“ und Unter-Kapitel „Investitionsprogramm“ weiter unten)







					
<p>Ausbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verlässliche Kinderbetreuung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ▪ Erzieherinnen- und Erziehermangel und steigenden Lehrkräftebedarf begegnen <p>(siehe auch Kapitel „Bildung und Qualifizierung weiter unten)</p>					
<p>Öffentliche Infrastruktur – sozialen Zusammenhalt sichern, ökologischen Umbau fördern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Masterplan Mobilität“ im Verkehrsbereich ▪ Ausbau der Breitbandnetze ▪ Ausbau der sozialen Infrastruktur: Pflege und Gesundheit <p>(siehe auch Kapitel „Solidarische Pflege- und Gesundheitspolitik“ und Unterkapitel „Innovationspolitik“ und „Verkehrspolitik“ weiter unten)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ siehe Kapitel „Solidarische Pflege- und Gesundheitspolitik“ und Unterkapitel „Innovationspolitik“ und „Verkehrspolitik“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kommunale Infrastruktur bzw. Kommunalisierung unterstützen/fördern ▪ Bürger-Fonds oder „Netze in Bürgerhand“ Kommunale Anleihen über genossenschaftl. Systeme, Bedingungen für Genossenschaften (Kreditvergabe, Rechtsrahmen) vereinfachen ▪ (siehe auch Kapitel „Solidarische Pflege- und Gesundheitspolitik“ und Unterkapitel „Innovationspolitik“ und „Verkehrspolitik“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapitel „Solidarische Pflege- und Gesundheitspolitik“ und Unterkapitel „Innovationspolitik“ und „Verkehrspolitik“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ BürgerInnen sollen in öffentlichen Unternehmen mitbestimmen und kontrollieren können ▪ Weg mit der Schuldenbremse: Streichung aus dem Grundgesetz und den Landesverfassungen ▪ „Privatisierungsbremse“: Keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge: PPP-Projekte stoppen, Bürger- und Volksentscheide initiieren ▪ Rekommunalisierung vieler Daseinsvorsorgeeinrichtungen (u.a. auch Privatisierung von Post, Postbank und Telekom rückgängig machen) ▪ Großbanken vergesellschaftlichen, Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen, auf Gemeinwohl verpflichten ▪ Genossenschaften fördern, solidarische Ökonomie unterstützen, Gemeingüter-Diskussion voranbringen (siehe auch Kapitel „Solidarische Pflege- und Gesundheitspolitik“ und Unterkapitel „Innovationspolitik“ und „Verkehrspolitik“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapitel „Solidarische Pflege- und Gesundheitspolitik“ und Unterkapitel „Innovationspolitik“ und „Verkehrspolitik“ weiter unten)







					
<p>Energiewende sozial gestalten und koordiniert umsetzen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimaschutz ▪ Arbeitsplätze sichern ▪ Gerechte Verteilung der Lasten, nicht nur private Haushalte ▪ Erneuerbare Energien, Netze, Speicher, Reservekraftwerke und Gebäudesanierung im Fokus ▪ Kluge Energie- und Industriepolitik ▪ Innovationen an Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandorten für Energiewende anstoßen <p>(siehe auch Kapital „Energiewende“ weiter unten)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapital „Energiewende“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapital „Energiewende“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapital „Energiewende“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapital „Energiewende“ weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe Kapital „Energiewende“ weiter unten)
<p>Leistungsfähiger und bürgernaher öffentlicher Dienst</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausreichend Personal ▪ Arbeitsbedingungen verbessern ▪ Beschäftigte an Gestaltung beteiligen: Mitbestimmungslücken (Transparenzrechte, Informations- und Beteiligungsrechte oder in ressortübergreifenden Angelegenheiten) schließen ▪ Öffentlicher Dienst als Vorbild für andere Arbeitgeber 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Voraussetzungen für einen leistungsfähigen ÖD schaffen ▪ Rente: Starre Altersgrenzen auf den Prüfstand stellen: mit den Tarifpartnern bessere Möglichkeiten schaffen, länger arbeiten zu können (Öffentlicher Dienst als Vorbild) ▪ mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst gewinnen ▪ Einen „Familientak“ einführen: Öffnungs- und Sprechzeiten aufeinander abstimmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ leistungsfähiger und bürgernaher öffentlicher Dienst mit einem modernen Berufsbeamtentum ▪ Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet bleibt zentrales politisches Anliegen ▪ Sicherung von stabilen Flächentarifverträgen und Begrenzung des Auseinanderdriftens der Einkommen, auch im öffentlichen Dienst, sind Ausdruck bundesstaatlicher Solidarität ▪ Öffentlichen Dienst weiterentwickeln: demokratisieren und 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum, weil damit für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben Vorteile verbunden sind, dazu gehören beispielsweise besondere Loyalitätspflichten und Streikverbot von Beamten. ▪ Wir setzen uns für Verbesserungen bei der Mitnahme erworbener Versorgungsansprüche ein, für eine Flexibilisierung des Ruhestandseintritts und für eine Stärkung des Leistungsgedankens. ▪ Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen im öffentlichen Dienst durch Selbstverpflichtung. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ ÖD: Löhne und Gehälter deutlich anheben ▪ Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten ausbauen, wenn öffentliche Verwaltung Verträge abschließt und/oder Entscheidungen getroffen werden ▪ Personalvertretungsrecht für alle, die für eine öffentliche Dienststelle tätig sind ▪ ÖD muss sich am Bedarf orientieren: kein Personal mehr abbauen, Verwaltungen umbauen und aufstocken, öffentlichen Raum durch mehr Personal schützen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ assoziierte Unionsbürgerrechte für Türkische Staatsangehörige auch im Beamtenrecht verankern ▪ anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst sollen größere Verbreitung finden







					
		<p>modernisieren: Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte im Bund und den Ländern stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl signifikant erhöhen (auch: anonymisierte Bewerbung) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Öffentlicher Dienst ist Vorbild bei Ausbildung, der Anteil von Beschäftigten mit Migrations- hintergrund soll erhöht werden, ▪ 50%-Quote für den ÖD: vom Gesetzgeber auf allen Ebenen und in allen Gehaltsgruppen einführen 	
<p>Sozialer Wohnungsbau</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Engagement des Bundes im sozialen Wohnungsbau notwendig: deutlich aufstocken! ▪ Zweckbindung von Bundes- und Landesmitteln nötig 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bau neuer Wohnungen: steuerliche Möglichkeiten und Zuschüsse: degressive Abschreibung wieder einführen ▪ KfW-Programme und soziale Wohnbauförderung weiter unterstützen ▪ Für Wohngeld und die Erstattung der Kosten der Unterkunft: verstärkt für diese Haushalte Belegungsrechte erwerben ▪ Leistungen des Wohngeldes ver- bessern ▪ Ländern die Möglichkeit einräumen 1. die Grenze für Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren von 20 auf 15% zu senken, 2. in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten bei Wiedervermietung von Bestands- wohnungen Mieterhöhungen auf 10% oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken (nicht für Erstvermietungen in Neubauten) ▪ Verbraucherschutz bei Bau- und Dienstleistungen im Immobiliensektor ausbauen ▪ Wiedervermietung von 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen: maximal 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete ▪ „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit Ländern, Kommunen, Mieter- und Sozialverbänden, Bau- und Wohnungswirtschaft und Gewerkschaften ▪ Ziel: zukunftsgerichteter und bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften ▪ Kosten von Sanierungen nicht nur auf Mieter/-innen abwälzen: Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen ▪ Neubau fördern ▪ kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen fördern ▪ Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 verstetigen ▪ Heizkostenzuschuss wieder einführen, Wohngeld stärken ▪ Maklergebühren neu regeln: 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Baumaßnahmen und Nachverdichtungen im innerstädtischen Bereich erleichtern ▪ Wohnbauförderung des Bundes haushaltsneutral umsteuern und Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen stärker unterstützen ▪ Bundeszuweisungen für den Sozialen Wohnungsbau an die Länder zweckbinden ▪ degressive Abschreibung wieder einführen ▪ keine stärkeren staatliche Eingriffe in die Preisbildung bei Neuvermietungen, Sanierungsverbote gefährden den Wohnungsbau und werden abgelehnt ▪ energetische Gebäudesanierung: Sanierungsquote im Gebäudebestand deutlich anheben mit dauerhafter Planungs- und Investitionssicherheit für Investoren (Finanzierung des KfW Gebäudesanierungsprogramms fortführen) ▪ Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechte der MieterInnen stärken (Verbandsklagerecht für Mieterorganisationen, Demokratisierung und Beteiligung, keine Zwangsräumungen) ▪ Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge, Grundrecht auf Wohnen im Grundgesetz verankern ▪ Rekommunalisierungsfonds als Bundesprogramm, damit Gemeinden private Wohnungsbestände wieder zurück erwerben können ▪ Demokratisierung von Wohnungsgenossenschaften unterstützen ▪ Ökologisch-energetische Sanierung: Fördermittel dauerhaft erhöhen, Private Investoren müssen zum anteiligen Bau von Sozialwohnungen verpflichtet werden ▪ Soll: 150.000 Mitwohnungen/Jahr mit Sozialbindung ▪ Unbefristete Mietpreisbindung und Mieten mit flächendeckenden Mietspiegeln deckeln ▪ Staatliche Wohnbauförderung fortführen: Sonderfonds daraus 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wiedervermietungsrenten: nicht höher als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete, Vermietung nach Modernisierung: nicht über 9% ▪ Sozialer Wohnungsbau: Kompensationsmittel des Bundes sollen bis 2019 weiterhin an die Bundesländer zweckgebunden gezahlt werden. ▪ Immobilienhandel: Handlungsmöglichkeiten der Kommunen stärken ▪ Überprüfung, ob gesetzliche Regelungen für eine neue gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft wieder sinnvoll sind ▪ Energetische Modernisierung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 ○ KfW-Geb.san.programm mit 2 Mrd. € jährlich ○ Energiesparfonds 3 Mrd. €/Jahr







					
	<p>bestehenden Wohnungen: in angespannten Märkten Mieterhöhungen in Zukunft auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränken</p> <ul style="list-style-type: none"> mit gezielten Anreizen im Steuerrecht und bei der Förderung mehr bezahlbaren Familien-Wohnraum schaffen 	<p>„wer bestellt, bezahlt“</p>	<ul style="list-style-type: none"> Stadtentwicklungsprogramme des Bundes fortführen und entsprechende Anstrengungen der Kommunen unterstützen 	<p>aufbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> Spekulation mit Wohnungen bekämpfen Maklerprovision: vom Auftraggeber zu tragen Keine Zwangsumzüge bei Hartz IV 	
<p>Innere Sicherheit erhalten</p> <ul style="list-style-type: none"> Lebt vom Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sicherheitsbehörden Ausufernde Sparpolitik beenden, eklatanten Personalmangel beseitigen Polizeiliche Präsenz in den Flächenstaaten wieder stärken 	<ul style="list-style-type: none"> Einsatz von Videokameras an Brennpunkten verstärken für eine gut ausgestattete Polizei strafrechtlichen Schutz für Einsatzkräfte verbessern Beschleunigung und Vereinfachung von Jugendstrafverfahren Opferschutz verbessern Vermögen aus Straftaten einziehen Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten regeln 	<ul style="list-style-type: none"> Sicherheit und Bürgerrechte dürfen nicht gegeneinander ausspielen friedliches Zusammenleben braucht professionelle und permanent gut geschulte Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort präsent sind und die, wo sinnvoll, in Sicherheitspartnerschaften eingebunden sind. Die Arbeit der Polizei muss anerkannt und angemessen ausgestaltet sein. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab. 	<ul style="list-style-type: none"> nationale Sicherheitsstrategie als Beitrag zu einer Sicherheitsstrategie entwickeln und diese regelmäßig fortschreiben Trennung der Zuständigkeiten von Bundeswehr und Polizei erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> BKA und Bundespolizei: Kennzeichnungspflicht von uniformierten Beamten Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, Schwarze Sheriffs verhindern bzw. rückgängig machen 	<ul style="list-style-type: none"> Polizei braucht für klassische Aufgaben angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung. Anspruchsvolle Aufgaben können nur mit gut ausgebildeten und motivierten PolizistInnen erfüllt werden. Kriminalitätsbekämpfung ist Sache der Polizei, nicht des Militärs, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Polizeibeamte müssen zudem verstärkt Antidiskriminierungsschulungen erhalten und die Polizei muss sich stärker interkulturell öffnen. PolizistInnen sollen klar erkenntlich ihre Dienstnummern tragen.
<p>Nachhaltige Finanzierung, insbesondere der Kommunen, Verbesserung der Finanzierung des Staates und mehr Steuergerechtigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> höhere Besteuerung großer Erbschaften und die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die die Substanz von Betriebsvermögen der Realwirtschaft nicht gefährdet 	<ul style="list-style-type: none"> (siehe Kapitel Verteilungsgerechtigkeit weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> (siehe Kapitel Verteilungsgerechtigkeit weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> (siehe Kapitel Verteilungsgerechtigkeit weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> (siehe Kapitel Verteilungsgerechtigkeit weiter unten) 	<ul style="list-style-type: none"> (siehe Kapitel Verteilungsgerechtigkeit weiter unten)

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes mit gleichzeitiger verbesserter Abschreibung von Investitionen im Betrieb ▪ Stärkung und Weiterentwicklung der Gewerbesteuer ▪ Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer bei gleichzeitiger Reform des Progressionsverlaufs, die für die unteren und mittleren Einkommen zu einem Abflachen der Progression führt ▪ Abgeltungsteuer streichen und alle Einkommensarten mit dem persönlichen Einkommensteuersatz besteuern ▪ Finanztransaktionssteuer rasch umzusetzen ▪ eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 3% auf private Vermögen ab 500.000 € für Ledige und ab 1 Million € für Verheiratete einzuführen, um damit einen „Europäischen Zukunftsfonds“ mit ausreichendem Eigenkapital auszustatten ▪ effektiven Steuervollzug (Steuerfahndung, Steuervollzug, bessere Personalausstattung, multilaterale Abkommen etc.) ▪ Mehrwertsteuer: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen wir entschieden ab. Wir fordern den Erhalt des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes. Unsinnige 					

					
<p>Mehrwertsteuersenkungen, wie für Hoteliers, gehören auf jeden Fall abgeschafft.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ (siehe auch Kapitel Verteilungsgerechtigkeit weiter unten) 					
<h2>5. Weitere Themenfelder</h2>					
<h3>Solidarische Gesundheits- und Pflegepolitik</h3>					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerversicherung, paritätische Finanzierung des SozVers. Systems („reale Beitragsparität wieder herstellen“) ▪ Leistungsausgliederungen zurücknehmen ▪ Pflegebedürftigkeit neu bestimmen ▪ Pflegezeit weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Krankenkassen, deren Rücklagen die gesetzliche Mindestreserve um ein Mehrfaches übersteigen, sollen in Zukunft zur Prämienrückerstattung an ihre Mitglieder verpflichtet werden ▪ Ja zum Wettbewerb der Krankenkassen, Ja zu Privaten Krankenkassen ▪ Gesundheitsförderung mit Schwerpunkten auf betriebliche Maßnahmen und Kitas und Schulen ▪ weitere Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung gründen und neue integrierte Forschungs- und Behandlungszentren ausschreiben ▪ Pflegeversicherung weiterentwickeln: Ja zur staatlichen Förderung einer privaten Pflege-Zusatzversicherung ▪ eine besser abgestufte Bestimmung der Pflegebedürftigkeit ▪ Familienpflegezeit: weiter wie bisher ▪ „Sorgende Gemeinschaften“: Nachbarschaftshilfen sollen mit professionellen Dienstleistungen besser verknüpft ▪ Attraktivität und Verbreitung von Lebensarbeitszeitkonten erhöhen, um 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerversicherung ▪ Paritätische Beitragszahlung („tatsächliche Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern muss wiederhergestellt werden“) ▪ Abschaffen der 2-Klassen-Versorgung ▪ Flexible Pflegezeit: Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr, Lohnersatzleistungen bei Pflegezeiten ▪ Ebenso bei der 10-tägigen Auszeit ▪ Einführung einer gemeinsamen Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ ▪ Einführung von Personalmindeststandards in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Bürgerversicherung ▪ Reform der Künstlersozialversicherung ▪ Beitragsautonomie der Krankenkassen weiter ausbauen und die Umverteilung durch den Gesundheitsfonds zurückführen ▪ Pflegevers. mit Kapitaldeckung, Demenzkranke einbeziehen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zuzahlungen und Zusatzbeiträge abschaffen, Überschüsse der KK sollen verwendet werden, alle medizin. notwendigen Leistungen müssen bezahlt werden ▪ Effektive Begrenzung der Arzneimittelpreise: Positivliste einführen ▪ Flächendeckende barrierefreie Versorgung mit Arztpraxen, wohnortnahe unmittelbare Versorgung ▪ Gesundheitsberufe in Bedarfplanung einbeziehen ▪ Präventionsgesetz muss her und Koordinierungs- und Entscheidungsstelle auf Bundesebene ▪ Solidarische BürgerInnenversicherung: eine Kasse für alle : Beitragssatz konstant auf etwas über 10% halten, alle Einkommen werden beitragspflichtig, Beitragsbemessungsgrenze zukünftig abschaffen, Private Vollversicherung wird abgeschafft (nur mehr Zusatzleistungen, sozialverträglichen Übergang ermöglichen) ▪ Neuen Pflegebegriff und neues Begutachtungsverfahren umsetzen, Jugendliche und Demenzkranke 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung einer Bürgerversicherung mit Beitragssatz wie RV ▪ Demenzkranke in Leistungen stärker einbeziehen ▪ ambulanten Versorgungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige verbessern und ausbauen ▪ Pflegeeinrichtungen und Wohngruppen und unabhängige Patientenberatungen ausbauen ▪ Finanziert durch alle Einkommensarten, also auch Aktiengewinne ▪ Einheitliches Vergütungssystem, egal ob Krankenhaus oder Facharzt

					
	Vereinbarkeit in tariflichen Vereinbarungen zu fördern			einbeziehen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Solidarische Pflegeversicherung soll perspektivisch alle Leistungen übernehmen: Leistungsniveau anheben ▪ „Pflege-Bahr“ stoppen ▪ Bundesweite Standards für Personalbemessung einführen, kommunale Hilfestrukturen einrichten ▪ Pflegeberufe: verbessern (siehe auch Kap. Sicherung des Fachleutebedarfs oben) 	
Bildung und Qualifizierung					
<p>Auf den Anfang kommt es an: Mehr Chancengleichheit in Kitas und Schulen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch auf Krippenplatz ▪ Betreuungsgeld abschaffen ▪ Erweiterung Standards frühkindl. Bildung ▪ Ganztagschulen mit Sozialarbeitern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildungsrepublik Deutschland fortsetzen und „Nationale Initiative Weiterbildung“ anstoßen (digitales Lernen) ▪ Sprachtests und Sprachförderung für alle Kinder ab drei Jahren ▪ Vielfalt der Bildungswege: Gymnasien <u>und</u> Schulen als Vorbereitung zur beruflichen Bildung, Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, kein Abschluss ohne Anschluss ▪ Bildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen schließen: 1. Ausbau Ganztagsbetreuung, 2. moderne Computertechnik, digitale Lernangebote und eine bessere Vernetzung der Schulen, 3.. 0,5 Mrd.€ für eine „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ bereitstellen, ▪ Medien- und Informationskompetenz ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ganztagschule und Schulsozialarbeit ▪ individuelle Förderung aller Kinder einschließlich der ▪ gezielten Sprachförderung zur besseren Integration ▪ Rechtsanspruch KiTA ▪ Schüler-BAföG revitalisieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau des qualitativ hochwertigen ▪ Betreuungsangebots für unter 3-Jährige ▪ Betreuungsgeld evaluieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eingliedriges Schulsystem ▪ Ganztagschule und Ganztags-Kitas (bundesweiter Betreuungsschlüssel in Kitas 1:4 bei 0-3 Jahren, 1:10 bei 3-7 Jahren) ▪ Privatisierung und Kommerzialisierung der öffentlichen Bildung wird abgelehnt ▪ Gemeinschaftsschule als Regelschule, Förderschulen abschaffen ▪ Angleichung der Lehrerbildung ▪ Schulsozialarbeit ▪ Lehr- und Lernmittelfreiheit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau Kita und Ganztagschulen

					
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Christl. und islam. Religionsunterricht ▪ Einrichtung eines „Bildungsrates“ ▪ Nationale Bildungsstandards: Zusammenarbeit Bund-Länder verbessern 				
<p>Für eine demokratische und soziale Hochschule</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ BAföG stärken ▪ KoopVerbot aufheben, Finanzierung sichern ▪ Exzellenzinitiative beenden ▪ Hochschulen öffnen ▪ Hochschulpakt ausweiten ▪ Zulassung gesetzlich regeln 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Für vielfältige Hochschullandschaft ▪ Studienfinanzierung ausbauen und veränderte Bildungswege anpassen ▪ Begabtenförderungs-Stipendien: „Deutschlandstipendium“: Wirtschaft stärker beteiligen ▪ Fortsetzung Hochschulpaktes: Schwerpunkt: Verbesserung Studienbedingungen ▪ Studieren mit Kind erleichtern ▪ Förderprogramm für verlässliche Karrierewege an Hochschulen auflegen, Befristungen im Mittelbau abbauen ▪ Pakt für Forschung und Innovation bis 2020 verlängern und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Umfang von 5%/Jahr 2020 garantieren, Exzellenzinitiative fortführen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abschaffung Studiengebühren und BAföG-Weiterentwicklung ▪ Bildungsausgaben auf OECD Durchschnitt, jährlich 20 Mrd. € mehr für Bildung ▪ Exzellenzinitiative fortführen ▪ Hochschulpakt um Angebot aus zu bauen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ BAföG entbürokratisieren, und elternunabhängig gestalten ▪ Exzellenzinitiative für den Bereich Lehrerausbildung ▪ Einsatz für nachlaufende Studiengebühren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Hochschulen vom Markt nehmen ▪ Abschaffung Bologna-System ▪ Bedarfsorientierte Finanzierung statt Exzellenz ▪ Abschaffung jeglicher Studiengebühren ▪ Freier Hochschulzugang und Durchlässigkeit ▪ Elternunabhängiges und bedarfsdeckendes BAföG, sofortige Aufstockung um 10%, dann jährl. Anpassung, Abschaffung Altergrenzen und als Vollzuschuss ▪ Wissenschaft: Grundfinanzierung stärken, Exzellenzinitiative auslaufen lassen, für ein Bundesforschungsgesetz, Arbeitsbedingungen in Wissenschaft verbessern ▪ Promotionen auf tarifbezahlten Stellen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ zwei Säulen-Studienfinanzierung: Studierendenzuschuss, den alle erhalten, und Bedarfszuschuss – beide nicht zurückzahlen ▪ Studiengebühren abschaffen ▪ Koop.Verbot aufheben ▪ Ziel: mindestens 7% des Bruttosozialprodukts jährlich in Bildung und 3,5% in Forschung und Entwicklung ▪ 1 Mrd. € mehr für Hochschul-Pakt ▪ 300 Mio.€ mehr für BAföG
<p>Für eine moderne und gute berufliche Bildung / Ausbildung statt Ausbeutung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für 3-3,5 j. Ausbildungen + Verlängerungen ▪ Keine Modularisierung ▪ Ausbildungsbegleitende Hilfen ausbauen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Duale Ausbildung zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften dauerhaft sichern und weiterentwickeln ▪ Mehr duale Ausbildungsplätze: mit Wirtschaft Voraussetzungen dafür 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung“ ▪ Mindestausbildungsvergütung ▪ Ausbildungsqualität: Qualitätsoffensive mit den Tarifpartner starten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Recht auf Ausbildung, gebührenfreie 1. Ausbildung, ▪ Ausbildungsvergütung verpflichtend, tarifvertraglich geregelt und zum Leben ausreichend ▪ Jugendarbeitsschutzgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualitätskontrolle der Ausbildung durch Kammern verbessern. ▪ Betriebsräte sollen selbst die Möglichkeit erhalten, ein Verfahren bei zweifelhafter Ausbildungsqualität eines Betriebes einleiten zu können

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Branchenfonds für Erhöhung der Ausbildungsbetriebsquote ▪ Qualität durch unabhängige Stelle sichern ▪ JArbSch verbessern und Gleichstellung fördern 	<p>schaffen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Studienabbrecher für Berufsausbildung anwerben ▪ Warteschleifen verhindern: Praktika und Begleitende Ausbildung verstärken 			<p>verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Unbefristete Übernahme als Normalfall ▪ Ausbildungsumlage 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Notwendigkeit gesetzlich geregelter Mindestvergütungen für die Ausbildung prüfen ▪ System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, aber es stößt an seine Grenzen. Wir setzen auf DualPlus.
<p>Für eine gute Weiterbildung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterbildungsgesetzes ▪ Fortsetzung der ESF-Sozialpartnerrichtlinie „weiter bilden“; ▪ Erwachsenen-BAföGs; ▪ Schaffung von Weiterbildungsfonds für die Branchen; ▪ Ausbau der Nationalen Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Lebenszeitkonten attraktiver gestalten, Bildungssparen weiterentwickeln und verbesserte Möglichkeiten zur Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen einführen ▪ „Nationale Initiative Weiterbildung“: mit Sozialpartnern, staatlichen Akteuren, Arbeitsagenturen, Hochschulen und privaten Anbietern Ideen entwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsanspruch auf Weiterbildung ▪ Alphabetisierungs-Dekade für direkten Grundbildungsangebote 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unternehmen für Weiterbildung verantwortlich ▪ privates Bildungssparen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Branchenfonds für Weiterbildung einrichten ▪ Bundesweiterbildungsgesetz: mit Rechtsanspruch ▪ Initiativen für Bildungsurlaub und –freistellung in den Bundesländern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ für 200 Mio. € ein Weiterbildungs-Bafög einführen
<p>Für einen modernen Bildungsföderalismus</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abschaffung des Kooperationsverbots für das gesamte Bildungssystem; ▪ Wiedereinführung der gemeinsamen Bildungsplanung ▪ Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ▪ Reform des Bildungsföderalismus (runder Tisch mit zahlreichen Akteuren) Externe Überprüfung der Umsetzung der Beschlüsse des Dresdner Bildungsgipfels 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kooperativen Bildungsföderalismus ▪ KoopVerbot im GG aufheben 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Pro Bildungsföderalismus ▪ Selbstverwaltete Schulen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ KoopVerbot rückgängig machen, Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern ▪ Gebührenfreie öffentliche Bildung ▪ Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien aufkündigen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kooperativen Bildungsföderalismus ▪ Bis das Koop.Verbot aufgehoben wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund sich an den Bildungskosten beteiligt



Energiewende

Energiewende gestalten – Chancen nutzen – Risiken abfedern

- Energiewende durch aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik
- Chancen der Energiewende nutzen, Risiken abfedern
- Energiewende als Gemeinschaftsprojekt begreifen







- Planungssicherheit ist die Grundlage für Investitionen
- Verbraucher und Unternehmen brauchen Klarheit über die Entwicklung der Energiepreise







- die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln
- Anreizregulierung für Entwicklungen
- Das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung deutlich erhöhen







- DESERTEC ausbauen
- Energetische Gebäudesanierung nimmt bei der Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle ein („Anreize statt Zwang“)







- Erneuerbare: regionale Sichtweise: Energiegenossenschaften fördern
- Energiedemokratie: demokratisch gesteuert, 100 % regenerativ, regional und dezentral
 - Anteil Erneuerbare bis 2020 auf 50%, Wärmeversorgung auf 20%, Netze in öffentliche Hand, Kommunale Stadtwerke stärken
 - Ablehnung d. Off-Shore-Windparks in der Nordsee
 - Basisverbrauch von Energie muss bezahlbar bleiben: Sockeltarife für Strom (Grundkontingent/durchschnittl. Verbrauch kostenlos)
 - Beirat zur Festsetzung von Strompreisen und Strompreismoratorium für Privathaushalte, Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden







- Energiewende Basis für gesellschaftl. Entwicklungen und Beschäftigung
- Abschalten aller AKW deutlich vor 2022







					
<p>Entwicklung eines Gesamtkonzeptes und Beteiligung bei der Prozesssteuerung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesamtkonzept und Gesamtadministration ▪ Breite Beteiligung ▪ „Nationalen Plattform Energiewende“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesunder Mix der Energieerzeugungsarten: Meer, Sonnen- und Bioenergie, Wasserkraft und Erdwärme und durch größere international aufgestellte Energieversorger, viele Stadtwerke und private Energieerzeuger und Wissenschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ eine bessere politische Koordinierung bei dem Management der Energiewende ▪ Energieministerium und Energierat mit Akteuren der Wirtschaft und Zivilgesellschaft ▪ Bundestagsausschuss „Energie“ und „Masterplan Energiewende“ ▪ Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stufenplan, auch gegen Einspeisevergütung ▪ bundesweit koordinierter Netzentwicklungsplan ▪ Erneuerbare-Wärme-Gesetze 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fahrplan für Energiewende entwickeln, Ziele: Kosteneffizienz, Nachhaltigkeit, Flächeneffizienz und Landschaftsplanung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ kommunale Klima- und Energiekonzepte -> Energieerzeugung in Bürgerhand
<p>Rahmenbedingungen verlässlich und planbar gestalten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Planungssicherheit für Investitionen -> Rahmenbedingungen ▪ Investitionsströme konstant und Innovationskraft erhalten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln: keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Anlagen vornehmen; nach bisheriger Anschubfinanzierung jetzt wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien erreichen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ grundlegende Reform des EEG: Ausbau langfristig und berechenbar sichern, sozial- und naturverträglich fördern, Strompreise im Blick, Einspeisevergütung zurückfahren ▪ Schaffung eines Energieministeriums der Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Länder, Kommunen, Gewerkschaften und Wirtschaft und Zivilgesellschaft abstimmt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ aufkommensneutrale Absenkung der Stromsteuer ▪ grundlegende Reform des EEG erforderlich -> um EE schnell an den Markt zu bringen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EEG erhalten und Anreize schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erneuerbaren-Energien-Gesetz intelligent fortentwickeln: stärkere Wettbewerbselemente für mehr Effizienz und geringere Kosten sowie Einspeisevorrang ▪ Neuinstallationen von Ölheizungen ab 2015 verbieten
<p>Energieeffizienz deutlich verbessern und Erneuerbare Energien verstärkt ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Konkrete Maßnahmen und Förderprogramme ▪ Energieeffizienzfonds auf 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Neue effiziente moderne Kohle- und Gaskraftwerke bauen (Nutzung heimischer Braunkohle) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ keine neuen konventionellen Kraftwerke bauen und bestehende Anlagen still legen 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesförderung für energetische Gebäudesanierung auf 5 Mrd. € aufstocken, Planerstellung bis Reichweite 2050 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimaschutzgesetz: Ausstieg aus der Kohleverstromung, Reduktion Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40%, bis 2030 um 60%, bis 2040 um 80% und bis 2050 um 95% unter das







					
<p>500Mio€ aufstocken</p> <ul style="list-style-type: none"> energetische Gebäudesanierung auf 5 Mrd. erneuerbare Energien konstant weiterfördern neue Branchen industriepolit. begleiten 	<ul style="list-style-type: none"> Fracking: Gefahren müssen ausgeschlossen werden, Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien wird abgelehnt Information und Beratung ausbauen, Prinzip der Technologieoffenheit: keine Vorschriften, was benutzt wird Bis 2020 Stromverbrauch in Gebäuden um 10% reduzieren CO2-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen, zusätzliche steuerliche Förderung für private Investitionen Für Kernkraftwerke in der Europäischen Union rechtlich bindende Vorgaben auf der Basis unserer Stresstests einführen Endlagersuche ergebnisoffen und mit einer Kommission, die bis 2015 Kriterien festlegt 	<ul style="list-style-type: none"> Grenzüberschreitendes Stromnetz in Europa mit Kuppelstellen Sicherer Einschluss für stillgelegte Atomkraftwerke streichen Fracking-Verzicht bis Risiken endgültig geklärt eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern, Budget deutlich erhöhen den Ausbau der Erneuerbaren Energien und Maßnahmen für höhere Energieeffizienz: 40-45% Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25% durch Kraft-Wärme-Kopplung insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020 umsetzen, bis 2030 75% des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen 		<ul style="list-style-type: none"> Atomausstieg sofort und unumkehrbar Ausstieg Kohlestrom-Versorgung (Restlaufzeiten bis spät. 2040) Bundesberggesetz ändern Schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und Mineralölkonzerne Industrierabatte bei Ökosteuern, Netzentgelten, Emissionshandel und im EEG abschaffen, Förderprogramm für Kommunen Energiesparfonds: Ausstattung 2,5 Mrd. €/Jahr Fracking und CCS verbieten 	<p>Niveau von 1990</p> <ul style="list-style-type: none"> Bergrecht ändern, um neue Braunkohletagebaue zu verhindern Fracking-Moratorium bis Unschädlichkeit nachgewiesen Im Jahr 2030 soll die Stromversorgung zu 100% aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden, 2040 auch Wärmeversorgung und Verkehr nach und nach alle Häuser in Deutschland auf Niedrig-Energiehaus-Niveau sanieren, Sanierungsquote von 0,7% auf 3% steigern bezahlbare Energie: durch Energiesparfonds, die Sanierung unterstützen und Klimawohngeld bis 2020 10% des Stromverbrauchs einsparen
<p>Netzinfrastuktur ausbauen und Speichertechnologien vorantreiben</p> <ul style="list-style-type: none"> Netzausbau Hochspannung Regionale Netze mit erneuerbaren Energien oder KWK bespeisen Speicherentwicklung marktnah stärken 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau der Stromnetze und neue Speichertechnologien entwickeln und mit „denkenden Netzen (IuK-Netze) verknüpfen Erhalt und Ausbau von Speichern: soll durch geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen wirtschaftlich betrieben werden können Bürgerdividende: finanzielle Beteiligung am Ausbau und Nutzung der Netze, auch Energiegenossenschaften, Bürgernetze, Bürgerwindparks und gemeinsame Solarprojekte für einen europäischen Energie- 	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Netzgesellschaft mit öffentlicher Investition 20% des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken, die Stärkung dezentraler Strukturen Speichertechnologien mit Hochdruck entwickeln und im industriellen Maßstab erproben Ausbau der Offshore-Windenergie vor der Ostseeküste Solange diese noch gebraucht werden: Kohle- und Gaswerke Aufstellen eines 	<ul style="list-style-type: none"> Power-to-Gas-Modelle, Pumpspeicher-Kraftwerke oder die kurzfristige Speicherung von Strom mittels Batterietechnik oder anderer einsatzfähiger effizienter Speichermöglichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> Netzentwicklungsplan überarbeiten Speicheroffensive F&E 	<ul style="list-style-type: none"> Netzausbau aber eher Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen im bestehenden Netz Neues abnahmeorientiertes Strommarktdesign Erdkabel statt Freileitungen







					
	Binnenmarkt	„ Masterplan Energiewende“ <ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte 			
Industrie- und Dienstleistungspolitik					
Aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik für einen sozial-ökologischen Wandel <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausrichtung auf gesellschaftl. relevante Zukunftsfelder ▪ Berücksichtigung der Energieintensiven Produktionsstätten ▪ Investitionen für Energie- und Rohstoffeffizienz ▪ Planungssicherheit bieten ▪ 20% Quote für den EFRE für energieeffiziente Investitionen ▪ Nachhaltige Geschäftsmodelle ▪ Regulierung des Bankensektors 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ bis 2018 schnelles Internet flächendeckend verfügbar machen ▪ attraktive Wirtschaftsstruktur aus Großindustrie und Mittelstand, in der produzierende Unternehmen und Dienstleister Hand in Hand arbeiten, erhalten und ausgebaut ▪ Gegen Machtmissbrauch und Gefährdung des Wettbewerbs entschieden vorgehen ▪ Kampagne „German Mittelstand“ ▪ Bürokratie abbauen: neue konkrete Abbauziele festlegen: Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen verkürzen, statistische Meldepflichten abbauen, im Vergaberecht für schnellere Verfahren sorgen ▪ Schlüsselindustrien in Deutschland halten und ausbauen ▪ Rohstoffsicherheit: strategische Partnerschaften und die Abschaffung von Exportbeschränkungen, Rohstoffversorgung und -verfügbarkeit in Verhandlungen innerhalb der WTO und bei Freihandelsabkommen verankern, 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ KMU und Handwerk fördern durch angepasste Vermögenssteuer, Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ▪ Energiewende als Chance für den Industriestandort ▪ Ebenso Dienstleistungspolitik – enge Verzahnung mit Wissenschaft und Struktur/Wirtschaftspolitik ▪ Industriepolitik als Querschnittsthema 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausnahmen von EEG-Umlage und Stromsteuer für energieintensive Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatlich aktive Industriepolitik: sozial-ökologischen Umbau Zielvorgaben und Instrumentenmix (Anreize, Gebote, Verbote, Transparenz...) ▪ Vorrangige Investition in Zukunftsbranchen und –technologien ▪ Grundlagenforschung stärken, bestehende Programme auf sichere Beine stellen („Zwanzig20“=500 Mio.€ bis 2019) ▪ „Soziale Stadt“ mit Bundesmitteln ausstatten, Befreiung ost-dt. Wohnungsbauunternehmen von Altschulen (7-8 Mrd.€) befreien ▪ Sofortprogramme zur Armutsbekämpfung, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen: Investitionen im Dienstleistungssektor, in KMU und Handwerksbetriebe, Ausbau und Förderung personennaher Dienstleistungen und umweltverträglicher und ziviler Industrieproduktion ▪ Konversion Rüstungsindustrie ▪ Breitbandinternetanschlüsse: Streichung des Privatisierungsgebots im 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ grüner Wandel in der Wirtschaft ist eine Jobmaschine ▪ Industrieprivilegien bei den Stromkosten abbauen und Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden bringen ▪ „Grüne“ Chemie- und Automobilindustrie fördern

					
	<p>einheimischen Braunkohle als Grundstoff für die chemische Industrie nutzbar halten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fortführung der „Doha-Runde“ und für ein Freihandelsabkommen zwischen USA und EU ▪ Hightech-Strategie 2020 weiterentwickeln: auf Zukunftsmärkte ausrichten ▪ Investitionen in Energiesparmaßnahmen finanziell fördern ▪ Industrie 4.0: breite gesellschaftliche Debatte zwischen Politik, Sozialpartner und Zivilgesellschaft; Forschung zu „Cloud-Computing“ und „Big-Data“ verstärken; „Digitales Weißbuch“ schaffen ▪ Internet-Breitbandausbau: flächendeckende Versorgung bis 2018 sicherstellen, EU-Förderfähigkeit erhalten, Schaffung einer europäischen Koordinierungsstelle, WLAN-Netze ausbauen ▪ Forschung in neuen Ländern fortschreiben: Programm „Unternehmen Region“ und Initiative „Zwanzig 2020“ <p>Förderprogramme, wie Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung (GRK), und die Regionalförderung stärker miteinander vernetzen und bündeln</p>			<p>Telekommunikationssektor im Grundgesetz und in den EU-RL</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionale Energiekreisläufe und regionale Märkte f. Nahrungs- und Futtermittel fördern ▪ Solarzellen und Solarthermie auf Behördendächern fördern ▪ Blockheizkraftwerke und Kraft-Wärmekopplung fördern ▪ Umweltfreundliche Verkehrsträger und –konzepte fördern 	
<p>Den Umbau sozial gestalten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Übergangsregelungen für vom ökolog. Wandel Betroffene 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ für eine verlässliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir die Basis für 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Abbau der Vergünstigungen (keine Stromnetzkosten) für

					
<ul style="list-style-type: none"> ▪ regionale Strukturkonzepte fördern ▪ Richtlinien für öffentliche Vergabe 	<p>„Regionale Wirtschaftsstruktur“ sowie für wettbewerbsfähige Beihilfesätze für Schlüsselindustrien (Werften an Ostseeküste und Mikroelektronik in Sachsen)</p>		<p>Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt nicht untergraben.“</p>	<p>Wirtschaftsstruktur“ als Wirtschaftsförderungsinstrument langfristig sichern</p>	<p>Großverbraucher, und dafür Familienhaushalte entlasten</p>
<p>Den sozial-ökologischen Umbau an Guter Arbeit ausrichten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ quantitative und qualitative Beschäftigungsförderung als Kernelement ▪ Branchen und Unternehmen mit Tarifbindung, hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und fairen Löhnen als Leitbilder des Wandels hervorheben; ▪ dem Missbrauch von Leiharbeit in vermeintlichen „Zukunftsbranchen“ entgegenwirken ▪ Förderung CSR unterstützen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dienstleistungen aufwerten, personennahe DL besser bezahlen ▪ Mehr tariflich gesicherte Arbeitsplätze in Bereichen Bildung und Pflege 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beim Umbau gelten Ansprüche an gute Arbeit: würdige Löhne, humane Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen
<p>Sicherung des Fachleutebedarfs - „new Skills for new Jobs“</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterbildung/Umschulung auf „grüne“ Zukunftsfelder ausrichten ▪ Betriebliche Weiterbildung ausbauen ▪ Integration grüner Ausbildungsmodule in Rahmenpläne etc. ▪ Qualifizierung für soz-ök. Wandel 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪

					
<p>Betroffene zu Beteiligten machen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürger in Infrastrukturplanung einbeziehen ▪ Arbeitnehmer an betrieblichen Veränderungsprozessen beteiligen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bevölkerungsbeteiligungen wie Energiegenossenschaften, Netzbeteiligungen und Bürger-Windparks sind erwünscht 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionalplanung demokratisieren ▪ Netzwerke fördern: regionale Struktur- und Wirtschaftsrate einrichten ▪ Ausweitung der Demokratie beim Umbau 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energiewende in BürgerInnenhand: Einspeisevorrang für Erneuerbare, Planungssicherheit für Investoren, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger
Verteilungsgerechtigkeit					
<p>Vermögensungleichheit beseitigen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ 1%Vermögenssteuer ab 500.000€ Vermögen ▪ Heranziehen großer Erbschaften ▪ linear-progressiv ausgestaltete Einkommensteuer ▪ Steuerhinterziehung besser bekämpfen ▪ Finanzsektor EU-weit besser kontrollieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Steuererhöhungen ▪ In nächster Wahlperiode Haushalt ohne neue Schulden vorlegen ▪ Gesamtverschuldung des Staates schrittweise auf maximal 60 Prozent der Wirtschaftsleistung senken ▪ Schuldenbremse einhalten, 2014 im Bundeshaushalt weniger ausgeben als 2010 ▪ Abmilderung der sogenannten „kalten Progression“ ▪ Nein zur Vermögensteuer – Keine Erhöhung der Erbschaftsteuer ▪ Unternehmenssteuern in Europa angleichen ▪ bestehendes Ehegattensplitting erhalten und um ein Familiensplitting ergänzen (steuerliche Berücksichtigung von Kindern schrittweise auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene anheben) ▪ Aufwendungen für die Sicherung der eigenen Wohnung steuerlich begünstigen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermögenssteuer, die angemessen ist ▪ Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000€ bzw. 200.000€ bei Eheleuten erhöhen ▪ Erbschaftssteuer anpassen und bei Unternehmenserbschaft stärker an Arbeitsplätze koppeln ▪ Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen, bei zu geringen Einnahmen abschaffen und synthetische Besteuerung ▪ steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern und -abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000€ übersteigen ▪ Rücknahme von Privilegien für Hoteliers und Erben ▪ Steuerbetrug stärker kontrollieren und ahnden ▪ Offshore-Finanzplätze bekämpfen ▪ Eigenkapital der Banken per 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schuldenberg abbauen mit „neuer Nachhaltigkeitsformel“ ▪ Direkte Beihilfen und Subventionen abbauen ▪ Subventionsbremse und Staatsquote senken ▪ Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung: Steuerbremse einführen ▪ grundlegende Reform des Einkommens- und Unternehmenssteuerrechtes ▪ Solidaritätspakt: bis 2019 auslaufen lassen, Solidaritätszuschlag im Laufe der Legislaturperiode schrittweise vollständig abbauen ▪ Kalte Progression bekämpfen ▪ Erbschaftssteuererhöhung, Vermögenssteuer und Vermögensabgabe wird abgelehnt ▪ Grundsteuerrecht reformieren ▪ Heraufsetzung der Freibeträge für Kapitalerträge ▪ Erbschaftsteuer: 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermögensteuer: ab 1.Mio. i.H.v. 5% auf Privat- und Betriebsvermögen (unter Abzug der darauf lastenden Schulden und erhöhter Freibetrag für betriebsnotwendiges Sachvermögen von Einzel- und Personenunternehmern vermögen i.H.v. 5 Mio. € ▪ Reform der Erbschaftssteuer: selbstgenutztes Wohneigentum und kleine Immobilien werden geschont) ▪ Körperschaftssteuer 25% und europaweite Vereinheitlichung von Unternehmenssteuern, Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen zurücknehmen ▪ „Hotelsteuer“ zurücknehmen ▪ Ermäßigten Umsatzsteuersatz für „sinnvolle“ Produkte und Dienstleistungen ausweiten ▪ Steuervollzug verbessern, Aufbau Bundesfinanzpolizei ▪ Ausnahme- und Befreiungsregeln für Industrie bei Ökosteuer und Energieabgaben abschaffen, 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einnahmen aus Erbschaftssteuer verdoppeln ▪ Vermögensabgabe hin zur Wiederbelebung der Vermögensteuer, auch für Unternehmen (bei Betriebsvermögen max. 35% des Gewinns) ab 1Mio. € ▪ Spitzensteuersatz auf 45% bei 60.000€ zu versteuerndem Einkommen, bei 80.000€ 49%. ▪ Mechanismus zur Abwicklung von Krisenbanken in der EU, eine starke europäische Bankenaufsicht und ein europäisches System zur Sicherung der Einlagen ▪ Schuldenbremse für Banken 3 % Eigenkapital im Verhältnis zur risikoungewichteten Bilanzsumme als Schuldenobergrenze festsetzen, später höhere Quote ▪ Trennbankensystem ▪ Haftbarkeit erhöhen (Versicherungen dagegen einschränken) ▪ Finanztransaktionssteuer







					
				Unternehmen: max. 20-faches der untersten Lohngruppe; Ende steuerlicher Abzugsfähigkeit von Jahresgehältern über 500.000€, Boni und Abfindungen ausschließen	
Vermeidung von Armut und insbesondere Kinderarmut <ul style="list-style-type: none"> ▪ Armutsfeste Regelsätze ▪ Ausbau Hartz IV-vorgelagerter Sicherung (Kinderzuschlag, Wohngeld); ▪ Rentenbeiträge für Hartz IV Empfänger; ▪ kein Zwang zur Annahme von Jobs unter 8,50 € ▪ Ehegattensplitting zugunsten von Familien mit Kindern in Individualbesteuerung überführen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Jugendarbeit mit Kinder- und Jugendplan weiterführen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stromsteuer deutlich senken ▪ Anstelle der Steuerklassenkombination III/V: Faktorverfahren mit gleichem Durchschnittssteuersatz ▪ Alleinerziehende steuerlich gerechter behandeln 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ehegattensplitting beibehalten, auf gleichgeschl. Partnerschaften ausweiten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Lebenspartnerschaften steuerlich und in Sozialversicherung gleichstellen ▪ Staatl. Subventionierung von Alleinernährer- oder ZuverdienerInnenmodell innerhalb des Steuer-, Sozial-, Renten- und Familienrechts beenden: Ehegattensplitting abschaffen, Betreuung von Kindern und Pflege im Rentenrecht ausgleichen ▪ Grundsicherung für Kinder: am Existenzminimum orientieren (536€), Kurzfristig: 1. Kind auf 200€, weitere gestaffelt, Bedarfsgemeinschaften abschaffen ▪ Sofortprogramm Kinder- und Jugendhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ steuerfreies Existenzminimum mindestens 8.700 € ▪ Statt Splitting übertragbare Freibetrag ▪ Förderung nicht-klassischer Lebensmodelle ▪ Regelsätze von Grundrente und anderen Transferleistungen an gestiegenen Strompreisen anpassen ▪ Eigene Existenzsicherung durch eine Kindergrundsicherung
Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus					
Aktionsplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus erarbeiten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Auseinandersetzung mit rassistischen Vorurteilen und strukturellen Diskriminierungen stärken, Rechte von Betroffenen stärken, Zivilgesellschaft stärken, repressive Maßnahmen gegenüber rechtsextremen Organisationen und Straftätern konsequent anwenden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechts- und Linksextremisten und gewaltbereite Islamisten bekämpfen ▪ Besondere Rolle von Erziehung und Bildung, insbesondere der Schulen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ integrierten Konzept in dem die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund gebündelt werden ▪ Demokratieoffensive in Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ wehrhafte Demokratie, die gegen alle extremistischen Bedrohungen gewappnet ist 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Systematische Erfassung der Straftaten mit rass., antisem. Und islamfeindl. Hintergrund ▪ Für eine antifaschistische Klausel im Grundgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Widerstand gegen Nazis mit allen rechtstaatlichen Mitteln stärken ▪ Gut ausgestattetes Programm gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ▪ 50 Mio.€/Jahr für Demokratieförderung







					
<p>NPD-Verbot durchsetzen</p> <ul style="list-style-type: none"> Politisch geschlossen mit Bundesregierung, Bundestag und Bundesländern 	<ul style="list-style-type: none"> 	<ul style="list-style-type: none"> NPD verbieten 	<ul style="list-style-type: none"> 	<ul style="list-style-type: none"> NPD Verbot und aller weiteren neofaschistischen Organisationen 	<ul style="list-style-type: none"> Verbot der verfassungsfeindlichen NPD prüfen
<p>Nachhaltige Finanzierung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Rassismus</p> <ul style="list-style-type: none"> Evaluation der bisherigen Programme dauerhafte Finanzierung von zivilgesellschaftl. Projekten 	<ul style="list-style-type: none"> Vorbeugende Projekte werden wir weiterhin gezielt unterstützen, Aussteigerprogramme ausbauen Extremismusklausel bleibt 	<ul style="list-style-type: none"> Anschlussförderung sichern, neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen unabhängige Monitoringstelle Zivilgesellschaft stärken Extremismusklauseln abschaffen 	<ul style="list-style-type: none"> Initiativen gegen Extremismus stärken 	<ul style="list-style-type: none"> Bundesprogramme dauerhaft und umfassend fördern Extremismusklausel beseitigen rechtlicher Schutz von Menschen, die sich gegen rechts engagieren: Ombudsstelle einrichten Bildungsprogramm gegen Rassismus 	<ul style="list-style-type: none"> Extremismusklausel abschaffen Opferberatung und Aussteigerprogramme stärken















6. Weitere Politikfelder (alphabetisch)







<p>Bedingungsloses Grundeinkommen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Liberales Bürgergeld mit Arbeitsanreiz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ bedingungslosen Grundeinkommen -> Einsetzung einer Enquete Kommission zur Frage des Grundeinkommens 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ist als Perspektive der sozialen Sicherung einzubeziehen
<p>Demokratie</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerbeteiligung weiter ausbauen, Geltungsdauer von Genehmigungen und Planfeststellungsbeschlüssen beschränken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Höchstgrenze von 100.000 € p.P. Parteispenden im Jahr ▪ Offenlegungspflicht f. Signifikante „Beratungshonorare“ ▪ Verhaltenskodex und Genehmigung von Tätigkeiten durch Ethikkommission oder BundeskanzlerIn ▪ Basisdemokratie auf Bundesebene 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Selbstbestimmung der Kommunen stärken ▪ Neue Medien stärker nutzen ▪ Gegen Gebührensubventionierte Presse für Vielfalt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umfassende Wahlrechtsreform, Abschaffung 5%-Klausel, Wählen ab 16 Jahren und alle seit 5 Jahren in D Lebenden ▪ Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene ▪ Informationsfreiheitsgesetz in ein Transparenzgesetz umwandeln ▪ Oppositionsrechte in allen Parlamenten stärken ▪ Großprojekte: BürgerInnenforen ▪ Lobbyismus: Abgeordnetenbestechung bestrafen, verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen, Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und von Abgeordneten bei Untenehmen und Lobbyorganisationen, 5-Jahre-Wartefrist, Nebenverdienste auf Euro und Cent veröffentlichen, Spenden auf 25.000€ begrenzen, bundesweites Register für korrupte Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilhabe und Einmischen als zentrales Programmthema ▪ Transnationale Listen zur Europawahl

					
<p>Grundsätze</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europas starke Stellung in der Welt sichern – Wettbewerbsfähigkeit stärken ▪ Solide Finanzen – Neuverschuldung stoppen, Schulden zurückzahlen und in die Zukunft investieren ▪ Vollbeschäftigung und tariflicher Mindestlohn ▪ Wirtschaftskraft stärken – Mittelstand und Gründer fördern ▪ Leistung muss sich lohnen – Bürgerinnen und Bürger entlasten ▪ Wohlstand und Wachstum sichern– in die Zukunft unseres Landes investieren ▪ Chancen der Digitalisierung nutzen – Deutschland fit machen für die digitale Zukunft ▪ Familien besser unterstützen – Familiensplitting einführen und Zeit für Familie ermöglichen ▪ Sicheres Deutschland ▪ Lebenswerte Heimat – Starke Kommunen, bezahlbaren Wohnraum schaffen und Infrastruktur in den ländlichen Regionen stärken 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt ▪ Wirtschaftlicher Erfolg und Gemeinwohlorientierung und persönliche Freiheiten für jedeN ▪ neues Miteinander, mehr Chancengleichheit und ein neues soziales Gleichgewicht ▪ die soziale Marktwirtschaft neu begründen und ein soziales Europa schaffen. ▪ Staatseinnahmen und öffentliche Daseinsvorsorge stärken ▪ Industriestandort sichern ▪ Wirtschaftlich stark, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich ▪ Regelung der Finanzmärkte – auch und bes. auf europäischer Ebene ▪ Stabilitäts- und Wohlstandsgesetz 2020 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wachstum, damit jeder aufsteigen kann, dazu ist Geld nötig ▪ Chancen, damit jeder über sich hinaus wachsen kann ▪ Vielfalt, damit jeder eine Wahl hat ▪ Freiheit, damit jeder seinen Weg gehen kann ▪ Fortschritt, damit unser Land die Zukunft gewinnt ▪ Verantwortung, damit Europa eine stabile und verlässliche Gemeinschaft bleibt ▪ Frieden, damit mehr Menschen mehr Chancen bekommen ▪ Freiheit des Einzelnen und jeder aus eigener Kraft zum Ziel ▪ Mittelstand im Mittelpunkt ▪ Wahlfreiheit für den Bürger bleibt die Maxime liberaler Gesundheitspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Armut beseitigen und Reichtum umverteilen ▪ Soziale Grundrechte, gute Arbeit für alle und freie Bildung. ▪ Ökologischen Umbau sozial gestalten ▪ Stehen für Frieden ein ▪ Gegen Abbau von Bürger/-innenrechten ▪ In öffentliche Daseinsvorsorge investieren, Teilhabe aller sichern ▪ Macht der Banken und Konzerne brechen ▪ Für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Menschenwürdige Grundsicherung ▪ Erneuerung und Stärkung der öffentlichen Institutionen ▪ Inklusive und durchlässige Gesellschaft ▪ Finanzierungsbasis, in der die stärkeren Schultern mehr tragen als die schwächeren ▪ gute Arbeit für alle ▪ gerechte Gesellschaft und Teilhabe ▪ Wirtschaftsweise; die allen nutzt und nicht nur wenigen ▪ Ein besseres Morgen mit grünem Wandel ▪ Wiederbelebung einer Vermögensteuer ▪ Einmischen und dazu Voraussetzungen wie, starke Kommunen, Einwanderung erleichtern, basisdemokratische Instrumente stärken, Regierungshandeln transparenter und stärker kontrollierbar, informationelle Selbstbestimmung stärken, Rechte von VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen stärken, gegen Rechtsextremismus

					
<p>Innovationspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand verstetigen ▪ Gründungsfinanzierung ausbauen: Förderung von Wagniskapital auf 300 Mill.€ verdoppeln ▪ Crowdfunding und –investing fördern ▪ Weiterentwicklung der EXIST-Initiative (universitäre Gründungsstrategien) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kreativwirtschaft besser fördern durch leichtere Kreditvergabe und angepasste Existenzgründungsprogramme ▪ Social-Entrepreneurs in Existenzgründerförderung einbeziehen ▪ Urheberrecht stärken um Kreativwirtschaft effizienter 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung von Technologie- und Innovationsclustern durch die zielgerichtete Vernetzung von Universitäten, Fachhochschulen und forschenden Einrichtungen mit möglichen Kapitalgebern ▪ Kultur- und Kreativwirtschaft würdigen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Innovationsprogramme für den ostdeutschen Mittelstand ▪ Kreativwirtschaft: Erhalt der öffentlichen Kulturförderung und Förderinstrumente ausbauen, Netzwerkförderung; Verbindliche Ausstellungshonorare für Einrichtungen der öffentlichen Hand, Öffnung der Künstlersozialkasse für weitere Berufsgruppen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft; Fortbildung förderfähig machen, Mindestlöhne und Honoraruntergrenzen, für ein Urhebervertragsrecht, das die Verhandlungsmacht der Kreativen stärkt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Innovationsklima verbessern: Entbürokratisierung und Beratung durch Lotsendienste ▪ Kreditschwelle herabsetzen für Investitionen in den zweiten Versuch bzw. für den Erhalt von Unternehmungen sowie für Gründungen in der Kreativwirtschaft

					
Investitionsprogramm	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausgaben für Forschung und Entwicklung steigern: steuerliche Forschungsförderung schaffen ▪ Investitionen für F&E: 3% BIP weiterführen ▪ 25 Mrd.€ Investitionsprogramm für Verkehrsinfrastruktur ▪ Mit verlässlichen Rahmenbedingungen und gezielter Förderpolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken: steuerliche Forschungsförderung <ul style="list-style-type: none"> ▪ steuerlichen Rahmenbedingungen für Investoren verbessern, die mit ihrem Geld junge, wachstumsstarke Unternehmen vor allem im High-Tech-Bereich unterstützen ▪ Demografie-Check für Gesetze und öffentliche Investitionen einführen ▪ Investitionen in Energiesparmaßnahmen finanziell fördern 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Investitionen für F&E sollen über 3% BIP steigen ▪ Verbesserte Abschreibungsoptionen für energie- und ressourceneffiziente Investitionen ▪ Nationales Verkehrswegeprogramm, in das 80 % der Neu- und Ausbaumittel fließen für mehr Schiff und Bahn ▪ Lärmsanierungsmittel für die Schiene auf 200 Mio. € jährlich verdoppeln ▪ Ab 2014 jährlich 20 Mrd. € mehr für Bildung (Hälfte Bund) ▪ mehr öffentlichen wie private Investitionen: ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten prüfen, das langfristige Realinvestitionen fördert ▪ Förderprogramme/Mikrokredite für kleine Unternehmen und einkommensschwache Haushalte für energieeffiziente Geräte 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundesförderung für energetische Gebäudesanierung auf 5 Mrd. € aufstocken ▪ Ostdeutsche Forschungsförderung 2020 mit Gesamtbudget von 500 Mio.€ bis zum Jahr 2019 ▪ 100 Mrd. € jährlich für Investitionen im Bereich des barrierefreien Verkehrs, des sozial-ökologischen Umbaus, der Bildung, für Arbeitsplätze und sozialen Wohnungsbau ▪ Neuauflage der Investitionszulage in KMU 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimaschutz- und Energiewendegesetz: 3,5 Mrd. € umfassendes Investitionsprogramm für einen Energiesparfonds, ein Marktanreizprogramm, Erneuerbare Wärme und „Smart Grid“-Technologien (Intelligente Stromnetze) und für Forschung unterlegen ▪ Programm für energetische Gebäudesanierung auf 2 Mrd. € aufstocken. ▪ 15%ige Steuergutschrift für Forschungsausgaben in Unternehmen bis zu 250 Beschäftigten geben: 200 Mio. € ▪ 1 Mrd. € zusätzlich für Kinderbetreuung ▪ 300 Mio. € jährlich mehr für BAföG ▪ jährlich 1 Mrd. mehr für den Hochschulpakt ▪ jährlich 200 Mio. € für Erwachsenen-Bafög ▪ 3% des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, ist nur Mindestmaß ▪ Open Access und Open Data sowie Transparenz in der Forschungsfinanzierung
Koalitionsaussagen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rot-grün als klare Option 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wird sich an <u>keiner</u> Regierung beteiligen, die Privatisierung der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt oder Aufgabenerfüllung des ÖD verschlechtert 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Betonung der eigenen Ideen aber klares Bekenntnis zur SPD, expliziter Ausschluss aller anderen Parteien aufgrund polit. Handelns oder Ziele

					
Umweltpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umwelt- und Wirtschaftspolitik besser vereinbaren und zu Wettbewerbsvorteil machen ▪ Wachstum, das Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbindet: 1. Nachhaltigkeit international verankern, 2. Verschuldungspolitik beenden, 3. Mensch als Teil der Schöpfung ▪ Neues Instrument zur Wohlstandsmessung entwickeln ▪ Für eine Anhebung des europäischen Klimaziels ▪ Für einen europaweiten, marktwirtschaftlich organisierten Emissionshandel ▪ Entkopplung: Anreize und Beratungsangebote für Unternehmen weiterentwickeln ▪ Einheitliche Wertstofftonne einführen ▪ Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ stärken ▪ einheitliches Lärmschutzprogramm schaffen ▪ Förderung von Rußpartikelfiltern weiterführen ▪ Wasser: Kommunen sollen selbst entscheiden, ob sie es eigenständig oder in Partnerschaft mit privaten Unternehmen organisieren 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Top-Runner-Ansatz ▪ Halbieren der Zahl der von Lärm beeinträchtigten Menschen bis 2020 ▪ Entkopplung von Wohlstand und quantitativem Wachstum ▪ bis 2050: Reduktion CO2 Emissionen mindestens 95% (Basisjahr 1990) ▪ EU: Reaktivierung des Emissionshandels und unkonditionierte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30% ein ▪ Verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40% Senkung bis 2020, 60% bis 2030 und mindestens 80% bis 2040) ▪ 10% der Waldfläche der öffent. Hand, 5% der gesamten Waldfläche der natürlichen Entwicklung überlassen ▪ Zusätzlich 30.000 ha für 2%-Wildnis-Ziel 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ CO2-Ausstoß national bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren ▪ Emissionshandel weltweit ausbauen ▪ Rückbau Kernkraftwerke ▪ Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern unterstützen ▪ Flächendeckende Wertstofftonnen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ CO2 -Ausstoß national bis 2020 gegenüber 1990 halbieren, bis 2050 um mind. 90% reduzieren, in einem Klimaschutzgesetz festschreiben ▪ Ressourcenverschwendung beenden, Unternehmenshaftung für längere Lebenszyklen von Produkten, Rohstoffmanagement verbessern, Unternehmensstandards zu Umwelt offen legen, Top-Runner-Modell, Mengenregulierung von Rohstoffen, Abfallstoff-Kreisläufe 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Top-Runner-Ansatz: Produkt mit umweltfreundlichster Technologie gibt Standard vor ▪ In der EU bis 2020 das 3-Liter Auto (80 g CO2/km) und bis 2025 das 2-Liter-Auto (60g/CO2/km) als Anforderung für Neuwagen ▪ LKW-Maut ausweiten

					
Verkehrspolitik	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verkehrsinfrastruktur durch zusätzliche Ausgaben zu einem besonderen Schwerpunkt machen: 25 Mrd. € Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau der Bundesfernstraßen ▪ Verstärkt auf Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) setzen ▪ Kein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ▪ Mit EU Verkehrsachsen weiter ausbauen ▪ Luftverkehrswirtschaft: Abschaffung der Luftverkehrssteuer prüfen ▪ Radwegenetz ausbauen ▪ Aktionsplan „Güterverkehr und Logistik“ fortführen und weiterentwickeln ▪ Deutsche Bahn: für eine wettbewerbsorientierte Eisenbahnregulierung, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und DB AG zur Erhaltung der bestehenden Schienenwege des Bundes werden wir weiter entwickeln, Eisenbahninfrastruktur in der Hand des Bundes belassen, private Bahnen im Wettbewerb sichern ▪ „Maritimes Bündnis für Beschäftigung und Ausbildung“ fortf. ▪ Elektromobilität fördern ▪ „Digitale Mobilitätsunterstützung“ 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Übergreifende europäisch integrierte Netzplanung ▪ Investitionen bes. in den Erhalt ▪ Abschaffung Schienenbonus, Einführung lärmabhängiges Trassenpreissystem ▪ Eine Zerschlagung und Privatisierung, auch Teilprivatisierung der Deutschen Bahn lehnen wir weiterhin ab ▪ Lärmsanierungsmittel für die Schiene auf 200 Mio. € jährlich verdoppeln ▪ Barrierefreie Fortbewegung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bedarfsgerechte öffentliche Mitfinanzierung ÖPNV ▪ Einheitlicher Luftraum 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehr Umweltfreundliche Verkehrsträger und –konzepte fördern ▪ Pendlerverkehr zu reduzieren und dazu neues Leitbild der Regionalplanung und Strukturpolitik entwickeln, das die verschiedenen Lebensbereiche wieder zusammenführt ▪ Güterverkehr: Vorrang von Schiene und umweltfreundlicher Schifffahrt ▪ Pendlerpauschale sozial gerecht in eine Zulage umwandeln und Anreiz für ÖPNV/Alternativen setzen, Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum, perspektivisch: fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr: entgeltfrei und steuerfinanziert ▪ Schiene und Busfernverkehr: gegen Privatisierung bzw. konkurrierende Netze ▪ Kfz-Steuer und Dienstwagenprivileg umbauen ▪ Flugbenzinsteuern ▪ verbindliche LKW-Maut ▪ Aufstockung der Mittel für Lärmschutz ▪ Nachtflugverbot 22-6 Uhr ▪ Tempolimit 120km/h ▪ Bundesverkehrswegeplanung hin zu einer Mobilitätsplanung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Z.T an energiepolitische Ziele gekoppelt: 2040 100% erneuerbare Energien im Verkehr ▪ Treibhausgase bis 2020 um 20% zu senken ▪ Eine komplette Umstellung der Eisenbahn auf erneuerbare Energie bis 2030
Zukunftsprojekte	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Pakt von Kommunen, Ländern und Bund: digitale Ausstattung der Schulen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Solidarpakt III ab 2020 für strukturschwache Regionen in Ost und West 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Solidarpakt III nach 2019 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Enquete-Kommission zur Reform des Sozialversicherungssystems